

Hannover, den 18.09.2013

Mündliche Anfragen gemäß § 47 der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages

1. Abgeordnete Claus Peter Poppe, Stefan Politze, Uwe Santjer, Uwe Strümpel, Christoph Bratmann, Doris Schröder-Köpf und Michael Höntsch (SPD)

Der Schwerpunkt Ganztagsschulen in der „Zukunftsoffensive Bildung“

Mit der „Zukunftsoffensive Bildung“ plant die Landesregierung nach eigenen Angaben, in den Schwerpunkten Ganztagsschulen, frühkindliche Bildung und Qualitätsverbesserungen in Schulen und Ausbildung insgesamt 420 Millionen Euro zu investieren. In den Bereich Ganztagsschulen sollen davon alleine 259 Millionen Euro fließen.

Laut rot-grünem Koalitionsvertrag sind Ganztagsschulen am besten geeignet, alle Kinder in ihrer Entwicklung zu fördern, Bildungsbenachteiligungen auszugleichen und Familien zu entlasten. Auch bieten sie mehr Zeit für individuelles und gemeinsames Lernen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie werden sich in Zukunft die Ausstattung der Ganztagsschulen und ihr Nachmittagsangebot verändern?
2. Wie sollen sich die Beschäftigungsverhältnisse im Ganztagsbetrieb verändern?
3. Wie wird mit der sogenannten Minimalausstattung der bisherigen „Ganztagsschulen light“ umgegangen?

2. Abgeordnete Miriam Staudte (GRÜNE)

Aufhebung des Rahmenbetriebsplans Gorleben - Mehr Rechtssicherheit für Gorleben?

Das Standortauswahlgesetz (StandAG) soll ein ergebnisoffenes Suchverfahren für ein sicheres Endlager in Deutschland auf den Weg bringen. Gorleben bleibt als einziger Standort im StandAG benannt und wird in das Standortauswahlverfahren einbezogen.

Die Landesregierung hat angekündigt, den Rahmenbetriebsplan von 1983 für die Erkundung des Salzstocks in Gorleben aufzuheben.

Ich frage die Landesregierung:

1. Aus welchen Gründen hält sie die Aufhebung des Rahmenbetriebsplans in Gorleben für angezeigt, und ist dieser bereits aufgehoben?
2. Hat die Landesregierung Kenntnis darüber, wie sich die Bundesregierung zur Aufhebung positioniert?
3. Wie wird sich die Landesregierung vor dem Hintergrund des StandAG zum Planfeststellungsantrag von 1977 zur Errichtung eines Endlagers im Salzstock Gorleben verhalten?

3. Abgeordnete Hermann Grupe und Björn Försterling (FDP)

Fachliche Ungereimtheiten in der Amtsführung von Minister Meyer? (Teil 1)

Landwirtschaftsminister Meyer stand in den vergangenen Wochen auch abseits der Affäre um seinen Staatssekretär Udo Paschedag häufig in der Presse. So nahm er an einer Demonstration gegen einen ortsansässigen Schlachthof in Wietze teil.

Weiterhin wollte er auf der Agrarministerkonferenz in Würzburg eine Initiative zur Einführung eines Mindestlohns in der Landwirtschaft in Höhe von 8,50 Euro einbringen, obwohl die Tarifpartner einen solchen Mindestlohn bereits zu Jahresbeginn im Rahmen der Tarifverhandlungen beschlossen haben.

Das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz veröffentlichte zudem eine Pressemitteilung, in der Minister Meyer mit den Worten zitiert wird: „Die Herstdüngung mit organischen Düngern wird in diesem Jahr per Erlass eingeschränkt“. Auf Nachfrage des Abgeordneten Siebels (SPD) teilte das Ministerium in öffentlicher Ausschusssitzung mit, dass mit dem Erlass lediglich die Niedersächsische Düngeverordnung, die bereits die Vorgängerregierung erlassen hatte, umgesetzt wurde.

Des Weiteren kündigte Minister Meyer, der es sich in seiner Politik zum Ziel gemacht hat, kleine Höfe zu erhalten und zu fördern, an, auch Besitzer bestehender Ställe zum Einbau von Abluftfiltern verpflichten zu wollen. Diese Betriebe, die häufig schon an der Wirtschaftlichkeitsgrenze liegen, würde er durch die Vorschrift, diese teure Technik in dafür nicht geeignete alte Bausubstanz einbauen zu müssen, nach Aussage von Experten zur Aufgabe zwingen. Damit würde ein beschleunigtes Höfesterben gerade unter den kleineren Betrieben ausgelöst.

Wir fragen die Landesregierung:

1. War Minister Meyer bekannt, dass sich die Tarifpartner zu Jahresbeginn auf einen Mindestlohn von 8,50 Euro geeinigt haben?
2. Inwieweit unterscheidet sich nach Meinung der Landesregierung die von Minister Meyer im Juli beauftragte Einschränkung der Herstdüngung von der Niedersächsischen Düngeverordnung der Vorgängerregierung inhaltlich?
3. Inwieweit ist die Landesregierung der Auffassung, dass ein Minister an einer Demonstration als Privatmann teilnehmen kann, speziell wenn diese noch in sein Ressort fällt?

4. Abgeordneter Ansgar Focke (CDU)

Seit wann ist dem Innenministerium die Abschiebestatistik zu ungenau?

In der Plenarsitzung vom 14. März 2013 kündigte der Innenminister an, sich künftig alle Einzelfälle anstehender Abschiebungen persönlich vorlegen zu lassen und über diese zu entscheiden.

In einem Interview mit der Neuen Presse vom 10. September 2013 antwortet Innenminister Pistorius auf die Frage, warum unter Rot-Grün die Abschiebezahlen steigen: „Die Zahl der eigentlichen Abschiebungen ist sogar gesunken. Was gestiegen ist, sind die Überstellungen nach dem europäischen Dublin-Abkommen, die sich in die Statistik mischen. (...) Aber das verzerrt das Bild, wenn es um die niedersächsische Flüchtlingspolitik geht.“

Es müsse ein Unterschied gemacht werden zwischen dem Bereich, in dem die Landesregierung etwas tun könne, und dem Bereich, in dem das nicht möglich sei.

Mit „Dublin-Abkommen“ meint der Minister wahrscheinlich die „Dublin-II-Verordnung“ (VO EU Nr. 343/2003) der Europäischen Union.

Die Arbeit der Härtefallkommission ruht seit Amtsübernahme der Landesregierung, weil diese eine neue Härtefallkommissionsverordnung erlassen wollte. Inzwischen ist dies geschehen. Ihre Arbeit hat die Kommission bislang jedoch noch nicht wieder aufgenommen.

Auf der Internetseite des niedersächsischen Flüchtlingsrates (www.nds-fluerat.de) wurde am 9. September 2013 eine Stellungnahme zu den gestiegenen Abschiebezahlen veröffentlicht, in der zur Erklärung ebenfalls auf die „Dublin-II-Abschiebungen“ verwiesen wurde. Dazu wurde auf der Internetseite des Flüchtlingsrates ein Vermerk des Innenministeriums als Word-Dokument vom gleichen Tage verlinkt, in dem eine Statistik von Abschiebungen im Jahre 2012 und im Jahre 2013 jeweils mit und ohne „Dublin-II-Abschiebungen“ aufgeführt ist.

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum fühlt sich die Landesregierung für Abschiebungen wegen der Dublin-II-Verordnung nicht mehr verantwortlich, und hält sie diese Abschiebungen für falsch?
2. Wie viele Fälle sind gegenwärtig bei der Härtefallkommission anhängig, und wann wird diese wieder ihre Arbeit aufnehmen?
3. Wieso kann die Landesregierung dem niedersächsischen Flüchtlingsrat innerhalb eines Tages Statistiken zu Abschiebungen liefern, hat aber zur Beantwortung der Kleinen Anfrage vom 11. Juli 2013 (Nr. 281) zu den Abschiebezahlen der neuen Landesregierung Fristverlängerung bis Anfang Oktober beantragt?

5. Abgeordnete Renate Geuter (SPD)

Rückgang beim Neubau von Biogasanlagen in Niedersachsen, stattdessen Aufrüstung bereits bestehender Anlagen - Welche Erweiterungsmaßnahmen sind durch die Privilegierungsvorgaben des § 35 Abs. 1 Nr. 6 gedeckt?

Seit 2010 hat sich die Anzahl der Biogasanlagen im Agrarland Niedersachsen nahezu verzehnfacht, die Leistung wuchs noch deutlich stärker. Für das letzte Jahr war allerdings ein massiver Rückgang beim Zubau von neuen Biogasanlagen zu verzeichnen, so berichtet der Fachverband Biogas e. V. Begründet wird diese Entwicklung mit den Veränderungen mit dem seit Anfang 2012 geltenden Erneuerbare-Energien-Gesetz und mit einer erheblichen Verunsicherung der Branche.

Für das laufende Jahr wird zwar ein Ausbau der Biogasleistung prognostiziert, allerdings wird davon ausgegangen, dass erstmals der überwiegende Teil des Leistungszuwachses durch Repowering und Erweiterungsmaßnahmen und nicht durch den Bau von neuen Anlagen erfolgen wird. Das führt in der Praxis zu Rechtsunsicherheiten im Hinblick darauf, ob die geplante Veränderung der Biogasanlage einen Einfluss auf die Privilegierung nach dem Baugesetzbuch haben kann. Leistungssteigerungen einer Anlage können dazu führen, dass die Biogasanlage nicht mehr als eine landwirtschaftlich privilegierte, sondern als eine gewerbliche Anlage einzustufen ist, die zur Genehmigung einer Änderung des Flächennutzungsplanes und der Aufstellung eines Bebauungsplanes bedarf.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche baulichen Veränderungen einer Biogasanlage (bei Einhaltung der Leistungsgrenze von 2,3 Millionen Kubikmeter Biogas) führen dazu, dass eine Anlage nicht mehr als landwirtschaftlich privilegiert, sondern als gewerblich einzustufen ist?
2. Welche Voraussetzungen müssen für den Zubau eines BHKW zu einer bestehenden Biogasanlage gegeben sein, damit sie weiterhin als landwirtschaftlich privilegiert gelten kann?
3. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung dazu vor, in welchem Umfang es in 2012 und 2013 dazu gekommen ist, dass landwirtschaftlich privilegierte Biogasanlagen durch Bauleitplanung der Kommunen zu einer gewerblich privilegierten Anlage verändert werden konnten, und inwieweit gibt es eine einheitliche Vorgehensweise in allen Landkreisen Niedersachsens?

6. Abgeordnete Ina Korter und Heiner Scholing (GRÜNE)

„Bildung neu denken - Mehr Qualität und mehr Gerechtigkeit“ - Wie geht es weiter mit der Schulinspektion? (Teil 1)

Zur Weiterentwicklung der Qualität an niedersächsischen Schulen ist im rot-grünen Koalitionsvertrag vereinbart, die Neuausrichtung der Schulinspektion fortzusetzen und eine Inspektion aller Schulen sicherzustellen. Das kürzlich von der Landesregierung vorgestellte Bildungspaket „Zukunftsoffensive Bildung“ soll nach Angaben der Kultusministerin auch diesem Bereich zugute kommen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie schätzt die Landesregierung die Bedeutung der Schulinspektion im Rahmen der Weiterentwicklung der Eigenverantwortlichen Schule ein?
2. Wie wird sichergestellt, dass Inspektionen in einem verlässlichen Turnus durchgeführt werden?
3. Wie sieht die inhaltliche Neuausrichtung der Schulinspektion aus?

7. Abgeordnete Gabriela König und Jörg Bode (FDP)

Hat die Landesregierung des Ministerpräsidenten Stephan Weil noch die Unterstützung der Regierungskoalition für das Autobahnneubauvorhaben A 39?

Die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage „Wie nah ist die A 39 trotz Anmeldung zum Bundesverkehrswegeplan durch die rot-grüne Landesregierung an der ‚Abbruchkante‘“ von MdL Jörg Bode, Drs. 17/434, bescheinigt die große Bedeutung, die die A 39 für Norddeutschland hat. Gemäß den Ausführungen der Landesregierung ist der Neubau der A 39 ein wichtiges Infrastrukturvorhaben mit großer wirtschaftlicher und verkehrlicher Bedeutung für Norddeutschland, mit positiven verkehrlichen Auswirkungen sowohl in der Verbindung zwischen Süd- und Osteuropa mit Skandinavien als auch für die Hafenhinterlandanbindungen, und zu guter Letzt werden die Standortqualitäten in der benachteiligten Region zwischen Lüneburg und Wolfsburg verbessert. Die Landesregierung hat ebenfalls in der Antwort die Wirtschaftlichkeit der Maßnahme bescheinigt und klargestellt, dass Minister Stefan Wenzel die Beschlüsse zur A 39 uneingeschränkt mitträgt. Allerdings stehen sowohl die Ausführungen von Minister Stefan Wenzel während des 4. AZ-Pressetreffs in Uelzen (<http://www.az-online.de/lokales/landkreis-uelzen/uelzen/abwaegen-zwischen-a39-internet-3060615.html>) als auch die Pressemeldung Nr. 146 des Koalitionspartners Bündnis 90/Die Grünen vom 5. September 2013 der Antwort der Landesregierung entgegen. Sowohl Herr Minister Wenzel als auch der Koalitionspartner rücken öffentlich von dem Neubauvorhaben A 39 ab. Der Koalitionspartner stellt sowohl die Finanzierbarkeit als auch die verkehrspolitische Sinnhaftigkeit in Frage.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung die Ausführungen, insbesondere die zum geplanten Autobahnneubauvorhaben A 39, wie sie der Koalitionspartner Bündnis 90/Die Grünen in der Pressemitteilung Nr. 146 vom 5. September gemacht hat?
2. Wenn die Geschlossenheit der die Landesregierung tragenden Regierungskoalition in Gänze oder in Teilen für das Autobahnneubauvorhaben A 39 fehlt, warum vertreten sowohl Herr Ministerpräsident Weil als auch Herr Minister Lies eine abweichende Meinung in der Öffentlichkeit?
3. Betreibt die Landesregierung ein Spiel auf Zeit auf Kosten der verkehrlichen Entlastung von Norddeutschland und der wirtschaftlichen Entwicklung der Region zwischen Lüneburg und Wolfsburg beim Autobahnneubauvorhaben A 39, um die Abhängigkeit von der Zustimmung des Koalitionspartners zu kaschieren?

8. Abgeordnete Thomas Adasch, Rudolf Götz und Angelika Jahns (CDU)

Was passierte in der Nacht zum 25. August 2013 im Polizeikommissariat in Neustadt am Rübenberge?

Unter der Überschrift „Fragwürdige Begegnung“ berichtet das *Sonntagsblatt* aus Neustadt am Rübenberge in seiner Ausgabe vom 1. September 2013 über eine Begegnung von Polizeibeamten mit dem Mitglied der Fraktion der SPD, Herrn Mustafa Erkan. Zwei Beamten solle laut *Sonntagsblatt* in der Nacht zum 25. August 2013 der unter Alkoholeinfluss stehende Abgeordnete aufgefallen sein. Die zwei Polizeibeamten hätten Herrn Erkan nicht persönlich gekannt und hätten zur Kontrolle angesetzt. Dies solle dem Politiker deutlich missfallen haben. „Mit drastischen Worten habe er den Beamten klarmachen wollen, dass sie mit Konsequenzen zu rechnen hätten, wenn sie weiter an ihren Maßnahmen festhalten würden“, berichtet das *Sonntagsblatt*. Die Polizeibeamten sollen Herrn Erkan daraufhin zur Klärung der Sache auf das Polizeikommissariat mitgenommen haben, wo Herr Erkan das sofortige Erscheinen des Polizeichefs verlangt haben soll. Als dies nicht geschah, soll er selbst den Chef des Kommissariats in der Nacht angerufen haben.

Der Kommissariatsleiter soll laut der Onlineausgabe der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* vom 2. September 2013 („Mustafa Erkan gerät in Erklärungsnot“) noch nachts auf das Kommissariat gekommen sein, um den Abgeordneten in die Schranken zu weisen und deeskalierend einzugreifen. Die *Hannoversche Allgemeine Zeitung* zitiert den Kommissariatsleiter folgendermaßen: „Manchmal muss ich mich vor meine Leute stellen.“

Laut *Sonntagsblatt* soll der Chef des Polizeikommissariats Neustadt seine Mitarbeiter zu „absolutem Stillschweigen vergattert“ haben und die Pressesprecherin der Polizeidirektion sich nur ausweichend äußern.

Herr Erkan selbst werde sich laut *Hannoverscher Allgemeiner Zeitung* nicht weiter zu der Angelegenheit äußern, er habe schließlich auch ein Privatleben. In Zukunft werde er dennoch seiner Vorbildfunktion besser Rechnung tragen.

In der Onlineausgabe der *Peiner Allgemeinen Zeitung* vom 17. Juli 2013 sagte Innenminister Pistorius in einem Interview über Straftaten gegenüber Polizisten: „Es muss wieder mehr Respekt vor unseren Gesetzeshütern und Helfern geben.“

Wir fragen die Landesregierung:

1. Warum sah sich der Chef des Polizeikommissariats Neustadt am Rübenberge in der Nacht zum 25. August 2013 dazu veranlasst, sich nachts „vor seine Leute stellen“ zu müssen?
2. Wer hat veranlasst, dass die Polizeibeamten des Kommissariates Neustadt zu „absolutem Stillschweigen vergattert“ wurden, und war der Innenminister mit der Angelegenheit befasst?
3. Wie möchte die Landesregierung für mehr Respekt gegenüber unseren Gesetzeshütern und Helfern sorgen, wenn Vertreter der Regierungsfractionen es nach der zitierten Berichterstattung an diesem Respekt vermissen lassen?

9. Abgeordnete Helmut Dammann-Tamke, Ernst-Ingolf Angermann, Karin Bertholdes-Sandrock, Christian Calderone, Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens, Otto Deppmeyer, Hans-Heinrich Ehlen, Clemens Große Macke, Ingrid Klopp, Frank Oesterhelweg und Lutz Winkelmann (CDU)

Was unternimmt der Landwirtschaftsminister, um die Glaubwürdigkeit von Biobetrieben zu erhalten?

Die biologische Landwirtschaft ist nach Expertenmeinung in besonderem Maß vom Vertrauen der Verbraucher abhängig, weil die benötigten höheren Preise andernfalls nicht durchgesetzt werden können. Dieses Vertrauen droht verloren zu gehen.

Im Zusammenhang mit dem sogenannten Eierskandal wurde bekannt, dass die Staatsanwaltschaft gegen ökologisch wirtschaftende Legehennenbetriebe wegen Betrugs bzw. Verstoßes gegen die Biohaltungsverordnung ermittelt.

Am 5. August 2013 berichtete die ZDF-Sendung „WiSo“ in dem Beitrag „Gentechnik in Biomärkten“ über Funde von nicht samenfestem Biogemüse. Das ZDF wies in 17 von insgesamt 37 Biogemüse-Proben CMS-Hybridlinien nach. CMS ist eine Technologie, die die sogenannte cytoplasmatische männliche Sterilität herbeiführt. Dabei werden die Zellkerne von zwei verschiedenen Pflanzenarten verschmolzen, die DNA einer Sonnenblume wird beispielsweise in einen Blumenkohl übertragen. Streit gibt es darüber, ob dieses Verfahren als Gentechnik gilt oder nicht. Fakt ist jedoch, dass viele anerkannte Bioverbände den Anbau dieser CMS-Hybriden in ihren Richtlinien nicht zulassen.

Am 3. September 2013 strahlte das ARD-Magazin „Fakt“ einen Bericht mit Aufnahmen aus ökologisch geführten Putenbetrieben in Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern aus. Gezeigt wurden verletzte und verstörte Tiere mit teilweise fehlendem Gefieder. Nach Aussage einer Expertin im Bericht befindet sich die gesamte Herde seit Mastbeginn in einem schlechten Zustand.

Illegal aufgenommene Bilder aus Putenställen sorgen regelmäßig für Schlagzeilen. Die FAKT-Reporter haben Minister Meyer während einer Demonstration mit Bildmaterial aus dem Biobetrieb konfrontiert und auf die dort herrschenden Zustände angesprochen. Daraufhin forderte er harte Strafen bei Verstößen gegen das Tierschutzgesetz. Vor allem im Biobereich sei die Glaubwürdigkeit ein hohes Gut.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Erfolgt die Putenhaltung in den niedersächsischen Betrieben im Regelfall tierschutzgerecht?
 2. Stellt der Landwirtschaftsminister klar, dass die gezeigten Bilder nicht repräsentativ für die gesamte Bioputenhaltung sind?
 3. Was unternimmt der Minister, um die generelle Glaubwürdigkeit von Biobetrieben zu erhalten?
10. Abgeordnete Clemens Große Macke, Frank Oesterhelweg, Helmut Dammann-Tamke, Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens, Otto Deppmeyer, Christian Calderone, Ernst-Ingolf Angermann, Martin Bäumer, Karin Bertholdes-Sandrock, Hans-Heinrich Ehlen, Ingrid Klopp und Lutz Winkelmann (CDU)

Wie steht die Landesregierung zur Bewirtschaftung von Grünland?

Die niedersächsischen Landwirte stehen im Wettbewerb zu Milcherzeugern in Europa und der Welt. Sie müssen sich dauerhaft am Markt behaupten. In den vergangenen Jahren ist es nicht immer gelungen, ein ausreichendes Familieneinkommen zu erwirtschaften.

In der Milchviehhaltung liegt die Grundlage wirtschaftlichen Erfolges in der Gewinnung von hochwertigem Grundfutter. Fachleute befürchten, dass durch überbordende Vorschriften und starre Rahmenbedingungen bei der Produktion des Grundfutters das Höfesterben in der Landwirtschaft gefördert bzw. noch beschleunigt werde und Arbeitsplätze etwa in Futtermittelunternehmen oder Molkereien gefährdet seien.

Die Entwässerung von landwirtschaftlichen Flächen mithilfe von Drainagerohren ist ein gängiges Verfahren, um die Ertragsfähigkeit der Boden zu erhöhen und die Bewirtschaftung zu erleichtern oder überhaupt erst möglich zu machen. Bei der sogenannten Drainierung werden geschlitzte Rohre in einem bestimmten Abstand im Boden verlegt. Sie nehmen überschüssiges Wasser auf und leiten es ab. Die Drainage im Boden dient dazu, Staunässe zu verhindern.

Die Qualität und Ertragsfähigkeit von Grünland ist u. a. abhängig von der Zusammensetzung und dem Anteil der verschiedenen Grasarten. Unter Umständen kann es vorkommen, dass sich diese Zusammensetzung zum Negativen entwickelt und sich zu viele unerwünschte oder sogar giftige Pflanzen ansiedeln. In diesem Fall ist es oft unumgänglich, das Grünland umzupflügen und eine Grassaatmischung auszubringen, um eine neue Grasnarbe zu etablieren.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Beabsichtigt die Landesregierung, ein Verbot von Drainagen auf Dauergrünland in ganz Niedersachsen einzuführen oder den Umbruch von Dauergrünland mit unverzüglicher Neuansaat als eine Maßnahme zur Verbesserung der Qualität des Grünlands zu verbieten?
 2. Wie steht die Landesregierung zu der Problematik, dass verpachtetes Ackerland, welches während der Laufzeit des Pachtverhältnisses einen Grünlandstatus erlangt, nach der Rückgabe an den Eigentümer nicht mehr als Ackerland genutzt werden darf und somit einen Wertverlust erleidet?
 3. Kann ein Betrieb, etwa aus arbeitswirtschaftlichen Gründen, eine Grünlandfläche umbrechen, wenn er gleichzeitig in gleichem Umfang eine Ackerfläche als Grünland nutzen will?
11. Abgeordnete Otto Deppmeyer, Helmut Dammann-Tamke, Ernst-Ingolf Angermann, Martin Bäumer, Karin Bertholdes-Sandrock, Christian Calderone, Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens, Hans-Heinrich Ehlen, Clemens Große Macke, Ingrid Klopp, Frank Oesterhelweg und Lutz Winkelmann (CDU)

Schwächt Minister Meyer die Handlungsfähigkeit seines Ministeriums durch seine Personalpolitik?

Bereits im Juni ist der Leiter der Abteilung 1, Agrarpolitik, Agrarwirtschaft und Bodenschutz, mit Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand eingetreten. Diese wichtige Position ist bis jetzt nicht wiederbesetzt worden. Während Staatssekretär Paschedag Niedersachsens Interessen auf der Agrarministerkonferenz in Würzburg vertreten sollte, verkündete Ministerpräsident Weil der Presse und dem Landtag die Abberufung von Udo Paschedag. Daraufhin musste eine Delegation von Referatsleitern, welche ein bis zwei Stufen unter den Vertretern der anderen Länder stehen, die Landesinteressen Niedersachsens gegenüber den anwesenden hochrangigen Vertretern der übrigen Bundesländer und des Bundes wahren.

Zurzeit werden auf EU-Ebene die Weichen für die kommende Förderperiode der Gemeinsamen Agrarpolitik festgelegt. Nach Expertenmeinung sind die Anforderungen aus Brüssel an die Umsetzung der Vorgaben sehr anspruchsvoll. Werden sie nicht erreicht, kann es zu hohen Rückforderungen und Anlastungen für die Länder kommen, die den Finanzhaushalt in Niedersachsen stark belasten würden. Daher sei es in dieser entscheidenden Phase unabdingbar, die leitenden Positionen des Ministeriums mit fachlich versierten und erfahrenen Mitarbeitern zu besetzen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Seit wann wusste Landwirtschaftsminister Meyer, dass die Stelle des Abteilungsleiters 1 spätestens ab Juli zu besetzen sein würde?
 2. Wann wurde die Stelle des Abteilungsleiters 1 ausgeschrieben?
 3. Bis wann wird der Landwirtschaftsminister die Stelle des Abteilungsleiters 1 besetzen?
12. Abgeordnete Petra Joumaah und Ansgar Focke (CDU)

Wie viele Flüchtlinge aus Syrien möchte die Landesregierung aufnehmen?

Laut Berichten in der *Nordwest-Zeitung* (Pistorius: Mehr Syrer aufnehmen) und der *Neuen Osnabrücker Zeitung* (Pistorius: Mehr Flüchtlinge aufnehmen) vom 17. September 2013 muss Deutschland nach Ansicht von Innenminister Pistorius deutlich mehr Flüchtlinge aus Syrien aufnehmen als bislang zugesagt.

Niedersachsen werde sich auf der nächsten Innenministerkonferenz im Dezember dafür einsetzen, dass mehr syrische Flüchtlinge kommen dürften, berichtet die *Nordwest-Zeitung*. Der Minister habe sich laut Presse nicht auf eine konkrete Zahl festgelegt, aber laut den Berichten hinzugefügt: „Jede Zahl von unter einer Million ist niedrig.“

Nach dem gegenwärtig gültigen Königsteiner Schlüssel zur Verteilung von Flüchtlingen muss Niedersachsen 9,4 % der Flüchtlinge aufnehmen.

Die finanziellen Folgen und die praktische Durchführung der Aufnahme sind von den Kommunen zu leisten, die bereits mit einem deutlichen Anstieg der Asylbewerberzahlen in diesem Jahr konfrontiert sind.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Möchte die Landesregierung, dass die Bundesrepublik Deutschland ungefähr eine Million Flüchtlinge aus Syrien kurzfristig aufnimmt?
2. Wie möchte die Landesregierung eine angemessene Unterbringung und Integration der für Niedersachsen zu erwartenden 94 000 Flüchtlinge sicherstellen?
3. Wird die Landesregierung den Kommunen die Kosten für den deutlichen Anstieg der Zahl der Flüchtlinge aus Syrien erstatten?

13. Abgeordnete Mechthild Ross-Luttmann, Thomas Adasch und Lutz Winkelmann (CDU)

Werden Richterstellen in Niedersachsen zukünftig nicht mehr nach Qualifikation besetzt?

Auf Presseberichte, dass die Landesregierung zukünftig Richterwahlausschüsse einführen möchte, in die auch „gesellschaftliche Kräfte“ eingebunden werden sollen, erklärte der Vorsitzende des Niedersächsischen Richterbundes, Andreas Kreutzer, in einer Presseerklärung vom 29. August 2013:

„Die Auswahl, Ernennung und Beförderung von Richterinnen und Richtern ist von zentraler Bedeutung für die richterliche Unabhängigkeit. Es muss deshalb sichergestellt werden, dass ausschließlich die persönliche und fachliche Eignung der Bewerberinnen und Bewerber den Ausschlag geben und nicht der ethnische, politische, soziale oder religiöse Hintergrund. Ich bin für gesellschaftliche Vielfalt, auch in der Richterschaft, es wäre aber fatal, wenn gesellschaftliche Gruppen über die Auswahl von Richtern versuchen wollten, in ihrem Sinn Einfluss auf die Rechtsprechung zu nehmen.“

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche „gesellschaftlichen Kräfte“ möchte sie aus welchen Gründen in Richterwahlausschüsse einbeziehen?
2. Welches Gewicht sollen die „gesellschaftlichen Kräfte“ bei der Besetzung von Richterstellen haben?
3. Wie möchte die Landesregierung sicherstellen, dass weiterhin die persönliche und fachliche Eignung von Bewerbern bei der Besetzung von Richterstellen entscheidend ist?

14. Abgeordnete Gudrun Pieper und Kai Seefried (CDU)

Wird das Schneverdinger KGS-Projekt „Jobwärts“ zu einem landesweiten Modellprojekt?

Im Rahmen des Projektes „Jobwärts“ der KGS Schneverdingen werden Schulabgänger der neunten Hauptschulklassen beim Übergang zwischen Schule und Beruf durch zwei Lehrkräfte begleitet und unterstützt. Laut der *Walsroder Zeitung* vom 19. August 2013 ist das ehrenamtliche Projekt sehr erfolgreich. So hätten die Hauptschulabsolventen bisweilen Ausbildungsplätze erhalten, die eigentlich für Realschulabgänger ausgeschrieben gewesen seien.

Die *Walsroder Zeitung* berichtete von dem Besuch der KGS Schneverdingen durch Kultusministerin Frauke Heiligenstadt am 16. August 2013. Der Ministerin ist der Wunsch nach einer Unterstützung des Landes zugetragen worden. Der Schulleiter der KGS Schneverdingen äußerte, dass die Erwartungen sogar übertroffen worden seien. Die Ministerin habe zwei eigene Ideen entwickelt, wie das ehrenamtliche Modell offizieller Teil des Schulangebotes werden könne: „Wir haben für dieses Modell der Nachbetreuung von Schülern an der KGS verschiedene Alternativen diskutiert (...) Fest steht, dass wir ab dem 1. August 2014 eine deutlich bessere Ganztagschule auf den Weg bringen werden.“

Da die Schulabgänger keine Schüler der KGS Schneverdingen mehr sind, sondern Schüler der örtlichen Berufsbildenden Schulen, müsste laut Schulleitung das Projekt „Jobwärts“ zu einem wissenschaftlich begleiteten Modellprojekt angehoben werden, um eine Landesförderung zu erhalten.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Alternativen hat die Kultusministerin erarbeitet, um das schuleigene Projekt der KGS Schneverdingen grundsätzlich zu einem offiziellen Teil des Schulangebotes machen zu können?
2. Welche Voraussetzungen müssen erfüllt werden, damit schuleigene Projekte zu landesweiten Modellprojekten mit Landesförderung u. a. im Rahmen der Ganztagsbetreuung angehoben werden können?
3. Hat die Kultusministerin diese Ankündigungen bereits im Haushaltsplanentwurf 2014 mit entsprechenden Finanzmitteln abgesichert bzw. sieht die MiPla bis 2017 ein Budget vor, woraus auch neue Modellprojekte solcher oder ähnlicher Art unterstützt werden können?

15. Abgeordneter Jens Nacke (CDU)

Mit dem Fahrrad nach Celle - Echte Überzeugung oder Marketing?

In einer Pressemitteilung des Justizministeriums vom 27. August 2013 wird unter der Überschrift: „Auf dem Fahrrad unterwegs“ in der „Justizstadt Celle“ ein Besuch der Justizministerin in Celle am gleichen Tage bekannt gemacht.

Weiter heißt es in der Pressemitteilung: „Die Niedersächsische Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz hat sich heute auf den Weg gemacht, um mit dem Fahrrad und zu Fuß die Justizbehörden und Gerichte der Stadt Celle zu besuchen.

Die Ministerin weiter: „Ich möchte mit meinem Besuch natürlich auch ein Zeichen setzen, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Justiz zu stärken. So selbstverständlich wie ich heute mit dem Fahrrad und zu Fuß unsere Behörden aufsuche, so selbstverständlich sollten die Bürgerinnen und Bürger mit der Justiz in Kontakt treten können und sich dort gut aufgehoben fühlen.“

Ich frage die Landesregierung:

1. Was ist daran so bemerkenswert, dass die Justizministerin mit dem Fahrrad und zu Fuß die „Justizstadt“ Celle besuchte, sodass in der Pressemitteilung des Justizministeriums dreimal auf diesen Umstand hingewiesen wurde, und wie lange war sie unterwegs?
 2. Wieso wird nach Ansicht der Landesregierung das Vertrauen der Bürger Niedersachsens in die Justiz gestärkt, wenn die Justizministerin manche Gerichte mit dem Fahrrad besucht und nicht mit der Bahn oder dem Auto, und welche Dienststellen des Landes haben Mitglieder der Landesregierung sonst seit Amtsantritt mit dem Fahrrad besucht?
 3. Welche Dienststellen haben die Mitglieder der Landesregierung mit dem Auto besucht, und sind die Bürgerinnen und Bürger bei diesen Dienststellen nicht gut aufgehoben?
16. Abgeordnete Otto Deppmeyer, Thomas Adasch, Frank Oesterhelweg, Helmut Dammann-Tamke, Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens, Christian Calderone, Ernst-Ingolf Angermann, Martin Bäumer, Karin Bertholdes-Sandrock, Hans-Heinrich Ehlen, Clemens Große Macke, Ingrid Klopp und Lutz Winkelmann (CDU)

Würde die Landesregierung eine Schließung des Geflügelschlachthofs Wietze begrüßen?

Am Nachmittag des 31. August 2013 beteiligte sich Landwirtschaftsminister Meyer nach eigener Aussage privat an einer Protestkundgebung gegen den Geflügelschlachthof in Wietze. Aufgerufen hatte das Berliner Projekt „Wir haben es satt“ der Kampagne „Meine Landwirtschaft“. Landwirtschaftsminister Meyer nahm in diesem Zusammenhang offiziell an einem „Agrarpolitischen Bauernfrühstück“ teil, die folgende Demonstration und Umzingelung des Schlachthofs wollte er ausdrück-

lich als Privatperson begleiten. Die Trennung zwischen dem offiziellen und dem privaten Teil ist nicht zu bestimmen, weil Minister Meyer auch am Nachmittag Gespräche mit Medienvertretern geführt hat. Dadurch entsteht der Eindruck, dass ein Mitglied der Landesregierung gegen ein niedersächsisches Unternehmen protestiert hat.

Die Ansiedlung der Celler Land Frischgeflügel GmbH wurde von der Gemeinde Wietze befürwortet, weil sie dringend auf die zusätzlichen Arbeitsplätze und Einnahmen aus der zu erwartenden Gewerbesteuer angewiesen ist. Das Genehmigungsverfahren wurde ordnungsgemäß durchgeführt und nach Abwägung aller betroffenen Belange positiv beschieden. Die bestehenden gesetzlichen Anforderungen stellen sicher, dass von diesen Anlagen keine schädlichen Umwelteinwirkungen und sonstigen Gefahren, erheblichen Nachteile und erheblichen Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft ausgehen. Nur wenn die Genehmigungsvoraussetzungen vorliegen, kann eine Genehmigung erteilt werden.

Durch die Ansiedlung der Celler Land Frischgeflügel GmbH konnten mittlerweile fast 800 sozialversicherungspflichtige und übertariflich entlohnte Arbeitsplätze geschaffen werden. Damit ist sie der größte Arbeitgeber in der Gemeinde Wietze.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Auswirkungen der Ansiedlung der Celler Land Frischgeflügel GmbH in Wietze hinsichtlich des Arbeitsmarkts in der Region und in Bezug auf die Gewerbesteuerereinnahmen in der Gemeinde Wietze?
2. Hat Landwirtschaftsminister Meyer als Mitglied der Landesregierung gegen ein niedersächsisches Unternehmen protestiert, welches mit staatlichen Mitteln gefördert worden ist und das für die Beschäftigung von über 800 Menschen sorgt?
3. Würde die Landesregierung eine Schließung des Geflügelschlachthofs Wietze begrüßen?

17. Abgeordnete Lutz Winkelmann und Thomas Adasch (CDU)

Wer entscheidet zukünftig über die Besetzung von Richterstellen in Niedersachsen?

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) berichtet in ihrer Ausgabe vom 22. August 2013 („Gewerkschafter sollen Richter aussuchen“) über Pläne der Justizministerin, Frau Niewisch-Lennartz, im kommenden Jahr in Niedersachsen Richterwahlausschüsse einzurichten.

Laut FAZ möchte Ministerin Niewisch-Lennartz in den Richterwahlausschüssen „gesellschaftliche Kräfte“, wie etwa Tarifpartner oder Religionsgemeinschaften, einbinden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Pläne und Modelle hat die Landesregierung zur Einführung von Richterwahlausschüssen?
2. In welchen Bundesländern sind Richterwahlausschüsse mit „gesellschaftlichen Kräften“ besetzt, und wo gibt es noch Planungen zur Beteiligung „gesellschaftlicher Kräfte“?
3. Wie wird die Landesregierung nach der Einführung von Richterwahlausschüssen sicherstellen, dass freiwerdende Richterstellen oder neue Richterstellen zeitnah besetzt werden?

18. Abgeordnete Karl-Heinz Klare, Clemens Lammerskitten, Kai Seefried und Jörg Hillmer (CDU)

Plant die Landesregierung ein Konzept zur Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit?

Im Koalitionsvertrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wurde angekündigt, die Schulsozialarbeit an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in Niedersachsen auszubauen und als eine Säule eines leistungsfähigen Beratungs- und Unterstützungssystems der Schulen zu installieren.

Laut Auskunft kommunaler Träger plant die Landesregierung nunmehr ein Konzept zur Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit in niedersächsischen Schulen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Hat die Landesregierung eine Bestandsaufnahme der derzeitigen Situation der Schulsozialarbeit durchgeführt, bzw. plant sie, eine solche durchzuführen? Welche Ergebnisse liegen ihr bereits vor?
2. Hat die Landesregierung insbesondere vor dem Hintergrund der bereits laufenden Inklusion ein Konzept zur Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit in niedersächsischen Schulen erarbeitet? Falls nicht, wann und mit welchen Schwerpunkten wird sie ein solches Konzept vorlegen?
3. Wie wird sich ein solches Konzept auf den Landeshaushalt und auf die kommunalen Haushalte auswirken, und wann liegen nach Ansicht der Landesregierung Aufgaben der Schulsozialarbeit zukünftig in Landeskompetenz und wann in kommunaler Kompetenz?

19. Abgeordneter Reinhold Hilbers (CDU)

Wie sieht die Zukunft der kleinen Krankenhäuser unter Rot-Grün aus?

Laut der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* vom 7. und 9. September 2013 forderte der Verband der Ersatzkassen, 33 kleine Krankenhäuser zu schließen. Vor allem kleine Krankenhäuser seien wirtschaftlich nicht mehr zu halten. Der Verband führte an, dass aufgrund des starken Bevölkerungsrückganges etwa 4 000 der derzeit 40 000 Krankenhausbetten im Lande entbehrlich werden.

Die niedersächsische Sozialministerin Cornelia Rundt hat sich gegen die Schließung von kleinen Krankenhäusern ausgesprochen. In der *Braunschweiger Zeitung* vom 12. September 2013 wird das Sozialministerium zudem damit zitiert, dass sich das Ministerium vorrangig mit Häusern und Regionen befassen würde, in denen Investitionszuschüsse für Bauarbeiten oder Großgeräteanschaffungen beantragt werden. Dies sei das einzige echte Steuerungsmittel des Landes.

Im Koalitionsvertrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wurde angekündigt, dass das Niedersächsische Krankenhausgesetz novelliert werden solle. Ein Eckpunkt solle die Orientierung der Landesinvestitionen an Versorgungssicherheit, Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit von Krankenhäusern sein.

Die ehemalige Senatorin des Landesrechnungshofs und heutige Staatssekretärin in der Staatskanzlei Birgit Honé hat in der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* vom 14. Januar 2012 zu der Krankenhausfinanzierung gesagt: „Kleinstkrankenhäuser können aber letzten Endes mit dem Stand von Technik und Wissenschaft nicht mithalten, ihre Leistungsfähigkeit ist auf Dauer infrage gestellt.“

Ich frage die Landesregierung:

1. Wird die Landesregierung die Überlegungen des Verbandes der Ersatzkassen und letztlich auch des Landesrechnungshofes aus dem letzten Jahr in ihr Krankenhausplanungs- und -finanzierungskonzept einfließen lassen?
2. Wie sieht die zukünftige Krankenhausfinanzierung in Niedersachsen aus, und wird die Landesregierung die Wirtschaftlichkeitsüberlegungen bei zukünftigen Investitionsprogrammen mitberücksichtigen?
3. Ist die Aussage des Sozialministeriums, dass die Investitionszuschüsse für Bauarbeiten oder Großgeräteanschaffungen das einzige echte Steuerungsmittel des Landes seien, so zu verstehen, dass sich zukünftig die Bewilligung von Investitionszuschüssen an Strukturveränderungsabsichten der Landesregierung orientiert?

20. Abgeordneter Jörg Hillmer (CDU)

„Digital Media“ - Ein zukunftsfähiger Studiengang der Leuphana Universität Lüneburg?

Die *Landeszeitung* vom 13. September 2013 und der *Weserkurier* vom 16. September 2013 berichteten über den neuen Studiengang „Digital Media“ an der Leuphana Universität Lüneburg. Laut den Presseberichten habe die Universität den Studiengang zunächst ohne Akkreditierung und ohne Zustimmung des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur eingerichtet. Mittlerweile habe das Ministerium seine Genehmigung für das Wintersemester 2013/2014 erklärt. Ein Kritiker wird zitiert, dass die Leuphana „dem Ministerium die Pistole auf die Brust gesetzt“ habe.

Ich frage die Landesregierung:

1. Hat die Universität den Studiengang „Digital Media“ ohne Wissen und ohne Zusage der Landesregierung aufgelegt?
2. Worin liegt der Grund für die Skepsis der Landesregierung gegenüber dem Studiengang „Digital Media“?
3. Wird die Landesregierung einen erfolgreich akkreditierten Studiengang „Digital Media“ in Lüneburg unterstützen?

21. Abgeordnete Burkhard Jasper, Gabriela Kohlenberg und Jörg Hillmer (CDU)

Welche Maßnahmen will die Landesregierung zur Förderung der Museumspädagogik außerhalb der Landesmuseen ergreifen?

Die rot-grüne Landesregierung hat in der Drs. 17/522 mitgeteilt, dass die Landesmuseen für die Museumspädagogik im Jahr 2012 im Rahmen ihrer Budgets rund 500 000 Euro für Personalkosten und 180 000 Euro für Honorare und Sachmittel verausgabt haben und dieser Betrag in den kommenden zwei Jahren fortgeschrieben werden soll.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche museumspädagogischen Programme gibt es in niedersächsischen Museen, die nicht Landesmuseen sind?
2. Wie fördert die Landesregierung die Museumspädagogik in Museen, die nicht Landesmuseen sind?
3. Plant die Landesregierung in den kommenden Jahren den Ausbau oder die Fortschreibung der finanziellen Unterstützung der Museumspädagogik in Museen, die nicht Landesmuseen sind? Falls ja, wie wird diese aussehen, und welche Museen werden hiervon begünstigt?

22. Abgeordneter Jörg Hillmer (CDU)

Auf welchen Grundlagen stellt die Landesregierung ihre Haushaltspläne bis 2018 und darüber hinaus im Hochschulbereich auf?

Mit dem Hochschulpakt 2020 investieren Bund und Länder zusätzliche Mittel in den Ausbau von Studienmöglichkeiten und reagieren damit auf eine steigende Studiennachfrage.

Der Bund und die Länder wollen die Studienangebote an den deutschen Hochschulen deutlich ausbauen. Darauf hat sich der Gemeinsame Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern (GWK) am 12. April 2013 geeinigt. Bestätigt wurde diese Entscheidung durch die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und die Regierungschefs der Länder am 13. Juni 2013.

Die Bundesregierung wird danach ihre Mittel für den Hochschulpakt 2020 um rund 2,2 Milliarden Euro auf über 7 Milliarden Euro steigern. Die Länder werden zudem vergleichbare zusätzliche finanzielle Leistungen zur Gesamtfinanzierung erbringen.

Für die zweite Förderphase des Hochschulpakts sind bis 2018 Bundesmittel in Höhe von rund 2,7 Milliarden Euro vorgesehen; das sind 1,7 Milliarden Euro mehr als bisher.

Ich frage die Landesregierung:

1. Von welchen Studierendenzahlen in 2022 bzw. 2030 geht die Landesregierung bei ihren Planungen aus?
2. In welchen Studienfächern plant die Landesregierung in Abstimmung mit den Hochschulen, zusätzliche Studienplätze bis 2018 und vorausschauend bis 2022 bzw. 2030 anzubieten? Welche Standorte würden diese Planungen betreffen?
3. In welcher Höhe und auf welcher Grundlage plant die Landesregierung Investitionen beim Hochschulbau in den einzelnen Jahren 2014 bis 2018? Welche Standorte würden diese Planungen betreffen?

23. Abgeordnete Frank Oesterhelweg, Helmut Dammann-Tamke, Karin Bertholdes-Sandrock, Karl-Heinz Bley, André Bock, Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens, Clemens Große Macke, Gerda Hövel, Ingrid Klopp, Editha Lorberg, Gudrun Pieper, Annette Schwarz und Heiner Schönecke (CDU)

Erfüllen die Gerichte, die in den Kantinen der Landesregierung angeboten werden, besondere Anforderungen hinsichtlich der regionalen oder der ökologischen Erzeugung?

Mitglieder der Landesregierung betonen oft die Bedeutung von ökologisch oder regional erzeugten Nahrungsmitteln. Landwirtschaftsminister Meyer bekennt sich selber öffentlich als „Flexianer“.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Was isst/ist ein „Flexianer“?
2. Stammen die Nahrungsmittel, die in den Kantinen der Landesregierung angeboten werden, insbesondere aus der Region Hannover, und/oder wurden sie ökologisch erzeugt?

24. Abgeordnete Frank Oesterhelweg, Helmut Dammann-Tamke, Karin Bertholdes-Sandrock, Karl-Heinz Bley, André Bock, Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens, Clemens Große Macke, Gerda Hövel, Ingrid Klopp, Editha Lorberg, Gudrun Pieper, Annette Schwarz und Heiner Schönecke (CDU)

Wie konsequent setzen die Grünen-Minister die Forderung nach einem „Veggie-Day“ in den Kantinen ihrer eigenen Ministerien um?

Im Koalitionsvertrag zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), Landesverband Niedersachsen, und Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Niedersachsen, für die 17. Wahlperiode des Landtages steht, dass die rot-grüne Landesregierung freiwillige Anstrengungen von Betrieben und öffentlichen Einrichtungen für vegetarische Tage und Angebote unterstützen werde.

Im Bundestagswahlprogramm 2013 von Bündnis 90/Die Grünen ist folgende Forderung zu lesen: „Öffentliche Kantinen sollen Vorreiterfunktionen übernehmen. Angebote von vegetarischen und veganen Gerichten und ein ‚Veggie-Day‘ sollen zum Standard werden.“

Die *Neue Presse* vom 11. September 2013 berichtet, dass Landwirtschaftsminister Meyer, der sich selber als „Flexianer“ bekennt, in Hannovers Innenstadt im Rahmen des Bundestagswahlkampfes versucht habe, die Bevölkerung von den Freuden des vegetarischen Grillens zu überzeugen. Der Artikel enthält keine Information darüber, wie erfolgreich das Vorhaben des Ministers gewesen sei. Allerdings steht dort, dass es in der Kantine des Landwirtschaftsministeriums bisher keinen fleischfreien Tag gebe und die Einführung eines solchen auch nicht geplant sei.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Vorbildfunktion der Ministerien gegenüber nachgeordneten Behörden?
2. Wurden in den Ministerien und der Staatskanzlei, die über eine Kantine verfügen, bisher Anstrengungen unternommen, um einen „Veggie-Day“ einzuführen, und wie sahen diese Anstrengungen aus?

3. Wie steht die Landesregierung zu dem Vorwurf, dass es unglaublich sei, wenn einerseits gefordert wird, der „Veggie-Day“ solle zum Standard in öffentlichen Kantinen werden, die Minister diese Forderung dann aber nicht im eigenen Haus umsetzen?
25. Abgeordnete Ernst-Ingolf Angermann, Thomas Adasch, Helmut Dammann-Tamke, Martin Bäumer, Karin Bertholdes-Sandrock, Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens, Otto Deppmeyer, Hans-Heinrich Ehlen, Clemens Große Macke, Ingrid Klopp, Frank Oesterhelweg und Lutz Winkelmann (CDU)

Wann ist Landwirtschaftsminister Meyer privat unterwegs und wann als offizielles Mitglied der Landesregierung?

Am 31. August 2013 fand eine Demonstration gegen den Geflügelschlachthof in Wietze statt. Aufgerufen hatte das Berliner Projekt „Wir haben es satt“ der Kampagne „Meine Landwirtschaft“. Landwirtschaftsminister Meyer nahm in diesem Zusammenhang offiziell an einem „Agrarpolitischen Bauernfrühstück“ teil, die folgende Demonstration und Umzingelung des Schlachthofs wollte er ausdrücklich als Privatperson begleiten. Die Trennung zwischen dem offiziellen und dem privaten Teil sollte auch dadurch bekräftigt werden, dass im Terminkalender der Staatskanzlei nur das Bauernfrühstück aufgeführt war. Dennoch hat Minister Meyer am Rande der Demonstration zahlreiche Interviews gegeben. Im Gespräch mit der *Osnabrücker Zeitung* äußerte er etwa: „Es geht hier nicht gegen ein Unternehmen. Im Mittelpunkt steht die Wende in der Landwirtschaft“. Gegenüber dem ARD-Magazin „Fakt“ nahm er als Landwirtschaftsminister Stellung zu den tierschutzwidrigen Zuständen bei einem biologischen Putenmäster. Am Rande der Proteste sprach Minister Meyer zudem mit der *Celleschen Zeitung*. In diesem Gespräch schloss er seinen Rücktritt aufgrund der ungeklärten Vorgänge um seine Beteiligung an der „Affäre Paschedag-Meyer-Weil“ aus. Vor diesem Hintergrund fällt es vielen Beobachtern schwer zu unterscheiden, wann der Minister privat demonstriert und wann als offizielles Mitglied der Landesregierung.

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welchem genauen zeitlichen Ablauf wechselte Minister Meyer am 31. August 2013 zwischen seiner offiziellen Funktion als Mitglied der Landesregierung und der Privatperson Christian Meyer, und war insbesondere der Ausschluss seines Rücktritts nur eine private Meinung, die nicht die Meinung der Landesregierung wiedergibt?
 2. Wodurch erkennt ein Außenstehender, in welcher Funktion sich Christian Meyer gerade befindet?
 3. Auf welche Ressourcen, die nur Mitgliedern der Landesregierung zustehen, hat die Privatperson Christian Meyer in der Vorbereitung des Termins am 31. August 2013 bei der An- und Abreise und während des Tages zurückgegriffen?
26. Abgeordnete Volker Meyer und Johann-Heinrich Ahlers (CDU)

Wie beurteilt die Landesregierung die vereinfachten Flurbereinigungsverfahren in der Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen?

Bisher können die vereinfachten Flurbereinigungsverfahren Engeln–Oerdinghausen, Scholen sowie Ochtmann–Weseloh in der Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen nicht beginnen, weil die Mittelfreigabe durch das Landwirtschaftsministerium an das zuständige LGLN Sulingen bisher nicht erfolgte.

Ministerpräsident Weil hat dazu am 23. August 2013 auf dem Markt in Bruchhausen-Vilsen erklärt, dass bis Ende September über die Einleitung der Verfahren entschieden werden soll.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Faktoren geben den Ausschlag dafür, dass die genannten Flurbereinigungsverfahren eingeleitet werden können, und wie beurteilt die Landesregierung die genannten Flurbereinigungsverfahren?

2. Gibt es in Niedersachsen weitere solcher offenen Verfahren, die aufgrund der fehlenden Mittelfreigabe oder nicht erteilter Genehmigungen nicht beginnen können, und welche sind dies?
3. Führen Verzögerungen bei der Genehmigung von eigentlich genehmigungsfähigen Verfahren oder fehlende Mittelfreigaben dazu, dass EU-Fördermittel verfallen, weil sie nicht abgerufen werden?

27. Abgeordneter Jens Nacke (CDU)

Führen Büroarbeitsplätze in Industriegebieten dazu, dass die Erweiterungsmöglichkeiten der dort ansässigen Industrieunternehmen erschwert werden?

Ein Industrieunternehmen aus Wilhelmshaven führte eine Betriebserweiterung durch. Dabei war auch die Belastung der Umwelt durch Feinstaub zu prüfen. In diesem Zusammenhang haben die Genehmigungsbehörden darauf hingewiesen, dass bei der Belastung mit Feinstaub nicht nur beispielsweise in der Nähe befindliche Wohngebiete zu berücksichtigen seien. Vielmehr seien auch Arbeitsplätze zu bewerten. Damit waren nach Auskunft des Unternehmers beispielsweise Büroarbeitsplätze in angrenzenden Industrie- und Gewerbebetrieben gemeint. Wenn dieser Gedanke tatsächlich zutreffend ist, würden zukünftig Büroarbeitsplätze in Industriegebieten die Ansiedlung weiterer Industrie im gleichen Gebiet erheblich erschweren.

Ich frage die Landesregierung:

1. Trifft es zu, dass Büroarbeitsplätze innerhalb von Industriegebieten in benachbarten Betrieben die Ansiedlung oder Erweiterung von Industriebetrieben erschweren oder behindern, insbesondere wenn von den Betrieben erhebliche Belastungen durch Lärm, Schmutz oder Feinstaub ausgehen?
 2. Wie bewertet die Landesregierung den Rechtsrahmen hinsichtlich der Erweiterungsmöglichkeiten von Industriebetrieben in Industriegebieten?
 3. Plant die Landesregierung Maßnahmen, um den betroffenen Unternehmen die Erweiterung zu erleichtern?
28. Abgeordnete Martin Bäumer, Ernst-Ingolf Angermann, André Bock, Helmut Dammann-Tamke, Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens, Ansgar Focke, Clemens Große Macke, Ingrid Klopp, Axel Miesner, Frank Oesterhelweg, Ulf Thiele und Lutz Winkelmann (CDU)

Wie bewertet die Landesregierung die Elbvertiefung aus Naturschutzsicht?

In seiner Antwort auf die Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung „Wie steht die Landesregierung zur Elbvertiefung?“ des Abgeordneten Dr. Gero Hocker, FDP-Fraktion, (Drs. 17/475) führt Minister Wenzel aus, dass das Umweltministerium die mit der Elbvertiefung einhergehenden Eingriffe in den Naturhaushalt nicht bewerten könne, weil diese Bewertung nicht Gegenstand des durch das Land Niedersachsen erteilten Einvernehmens gewesen sei.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Sollte das Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz als oberste Landesbehörde nicht in der Lage sein, die Eingriffe in den Naturhaushalt durch die Elbvertiefung zu bewerten?
2. Können aus Sicht der Landesregierung Kompensationsmaßnahmen sinnvoll und sachgerecht festgelegt werden, wenn die Auswirkungen der auslösenden Eingriffe in den Naturhaushalt nicht bewertet worden sind?
3. Wie bewertet die Landesregierung die mit der Elbvertiefung einhergehenden Eingriffe in den Naturhaushalt?

29. Abgeordnete Helmut Dammann-Tamke, Frank Oesterhelweg, Ernst-Ingolf Angermann, Martin Bäumer, Karin Bertholdes-Sandrock, Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens, Otto Deppmeyer, Hans-Heinrich Ehlen, Clemens Große Macke, Ingrid Klopp und Lutz Winkelmann (CDU)

„Stöckchenseminar“ zum Nutzen der niedersächsischen Landwirte?

In seiner Ausgabe vom 12. September 2013 berichtet der *Weser Kurier* („Regierungskoalition in der Krise“) von einer Teambildungsmaßnahme, bei der über 30 Mitarbeiter des Landwirtschaftsministeriums mit Bambusstöcken rhythmisch auf den Asphalt eines Nienburger Parkplatzes einschlugen. Initiiert sei die zweitägige Veranstaltung, an der fast alle Abteilungs- und Referatsleiter teilnahmen, vom damaligen Staatssekretär Udo Paschedag. Laut Bericht werde die Tagung intern als „Stöckchenseminar“ verspottet. Die *Bremer Tageszeitung* vom 13. September 2013 („Verheimlicht, verschleiert und vertuscht“) schreibt dazu, dass die Maßnahme mit rund 10 000 Euro zu Buche schließe und der „konkreten Planung für die sanfte Agrarwende“ gedient habe sowie „modernen Management-Methoden“ entsprochen habe.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welcher Weiterbildungsinstitution gehörte der Trainer, der die Veranstaltung durchführte, an, und welche anderen Einrichtungen des Landes Niedersachsen oder vom Land Niedersachsen geförderte Einrichtungen hätten einen Trainer für eine Teambildungsmaßnahme stellen können?
 2. Welche konkreten Ergebnisse wurden während des Seminars für die niedersächsische Landwirtschaft erzielt?
 3. Gab es bereits im Vorfeld eine persönliche Beziehung zwischen der Einrichtung, die den Trainer stellte, und dem damaligen Staatssekretär Udo Paschedag, und, wenn ja, wer wusste im Landwirtschaftsministerium von dieser Beziehung?
30. Abgeordnete Heiner Scholing und Ina Korter (GRÜNE)

„Bildung neu denken - Mehr Qualität und mehr Gerechtigkeit“ - Wie geht es weiter mit der Schulinspektion? (Teil 2)

Zur Weiterentwicklung der Qualität an niedersächsischen Schulen ist im rot-grünen Koalitionsvertrag vereinbart, die Neuausrichtung der Schulinspektion fortzusetzen und eine Inspektion aller Schulen sicherzustellen. Das kürzlich von der Landesregierung vorgestellte Bildungspaket „Zukunftsoffensive Bildung“ soll nach Angaben der Kultusministerin auch diesem Bereich zugute kommen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Inwieweit wurden Evaluationsergebnisse für die Weiterentwicklung genutzt, und welche Ziele wurden daraus abgeleitet?
2. Wie soll die personelle Ausstattung der Schulinspektion weiterentwickelt werden, und inwieweit wird das NLQ mit eingebunden?
3. In welcher Weise hat die Einführung der inklusiven Schule Auswirkungen auf das Konzept der Schulinspektion?

31. Abgeordnete Rainer Fredermann und Kai Seefried (CDU)

Nutzt die Kultusministerin Informationen ihres Hauses, um Wahlkampftermine der SPD interessant zu machen?

Laut der *Nordhannoverschen Zeitung* vom 23. und 24. August 2013 hat Kultusministerin Frauke Heiligenstadt bei einem Termin mit der IGS-Initiative Isernhagen-Burgwedel Informationen preisgegeben, auf die die zuständigen Schulträger warten mussten. So sei laut der Ministerin ein Zweckverband zwischen Isernhagen und Burgwedel möglich, um gemeinsam eine neue IGS zu gründen. Dies gelte auch, um eine bestehende Oberschule wie in Großburgwedel zur Gesamtschule auszubauen. Läge ein entsprechender Elternwille vor Ort vor, hätten die Schulträger über das IGS-Angebot informieren müssen.

Die Schulträger haben sich verärgert gezeigt, weil ihnen diese Rechtsinformationen durch die Landdesschulbehörde erst für September angekündigt worden sei. Eine frühere Auskunft sei nicht möglich.

Initiiert wurde dieser Gesprächstermin durch die örtliche SPD-Bundestagsabgeordnete Caren Marks.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Entspricht es der Informationspolitik der rot-grünen Landesregierung, dass politisch nahe stehende Initiativen vor den zuständigen Schulträgern über Rechtsauskünfte informiert werden?
2. Hat das Kultusministerium nunmehr veranlasst, dass die betroffenen Schulträger informiert werden?
3. Wie viele Zweckverbände zur Gründung von Schulen gibt es in Niedersachsen, und welche Schulformen sind betroffen?

32. Abgeordneter Ansgar Focke (CDU)

Nimmt Minister Pistorius seine angekündigte Kontrolle der Abschiebungen wahr?

In der Plenarsitzung vom 14. März 2013 kündigte der Innenminister an, sich künftig alle Einzelfälle anstehender Abschiebungen persönlich vorlegen zu lassen und über diese zu entscheiden.

Hintergrund war eine nächtliche Abschiebung, bei der eine Familie auseinandergerissen wurde, weil dem zuständigen Landkreis Lüchow-Dannenberg versichert wurde, der Innenminister sehe keinen Anlass, der Bitte des Landrates von Lüchow-Dannenberg auf Aussetzung der Abschiebung für vier Wochen nachzukommen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Abschiebefälle und aus welchen Landkreisen wurden dem Innenminister seit dem 14. März 2013 vorgelegt, wie viele Menschen waren betroffen, und wie hat der Minister entschieden?
2. Wie oft und aus welchem Grund hat der Minister ein abweichendes Votum abgegeben und eine geplante Abschiebung verhindert?
3. Wurden seit dem 14. März 2013 Personen abgeschoben, deren Fall dem Innenminister nicht bekannt ist?

33. Abgeordnete Renate Geuter (SPD)

Nutzung von im öffentlichen Eigentum befindlichen Wegerandstreifen - Unter welchen Voraussetzungen kann eine Nutzung als Ausgleichsfläche erfolgen?

An vielen Orten in Niedersachsen ist festzustellen, dass in den letzten Jahren die im öffentlichen Eigentum befindlichen Wegerandstreifen ganz oder teilweise umgepflügt worden sind und landwirtschaftlich genutzt werden. Dies hat auch die Gemeinde Sögel im letzten Jahr feststellen müssen, als sie alle in öffentlichem Eigentum befindlichen Flurstücke von Wegen und Gräben kartenartig erfasst hat. In nicht unerheblichem Umfang waren Ackerrandstreifen umgepflügt und als zusätzliche Ackerfläche in Anspruch genommen worden.

Allerdings haben in der Vergangenheit viele Städte und Gemeinden diesen Zustand auch stillschweigend geduldet, weil sie damit der Verpflichtung enthoben waren, selbst einen ordnungsgemäßen Zustand der Wegerandstreifen herzustellen. Inzwischen gibt es an mehreren Stellen in Niedersachsen Projekte, derartige Wegerandstreifen mit mehrjährigen Blühstreifen zu versehen oder mit standortgerechten Sträuchern aufzupflanzen.

Es stellt sich auch immer wieder die Frage, unter welchen Voraussetzungen derartige Wegerandstreifen als Ausgleichs- bzw. Kompensationsflächen dienen können.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Verpflichtung ergibt sich für die öffentlichen Eigentümer im Hinblick auf die Pflege und Erhaltung von Wegerandstreifen, und ist es rechtlich vertretbar, diese auch ganz oder teilweise für eine landwirtschaftliche Nutzung zuzulassen?
2. Welche Vorgaben müssen bei dem Anlegen von Blühstreifen bzw. bei der Bepflanzung mit Sträuchern auf Wegerandstreifen eingehalten werden?
3. Unter welchen Voraussetzungen können Wegerandstreifen auch für Ausgleichs- bzw. Kompensationszwecke eingesetzt werden?

34. Abgeordnete Dr. Gabriele Andretta (SPD)

Zwischenbilanz des Innovations-Inkubators der Universität Lüneburg für die Wirtschaft der Landkreise im Ziel-1-Gebiet des ehemaligen Regierungsbezirks Lüneburg

Am 14. August 2009 genehmigte die Europäische Kommission im Rahmen ihrer Lissabon-Strategie den gemeinsam von der Leuphana Universität Lüneburg und dem Land erarbeiteten Antrag zum EU-Großprojekt „Innovations-Inkubator Lüneburg“. Das Gesamtinvestitionsvolumen liegt bei ca. 100 Millionen Euro. Ziel des Projektes ist es, die Wettbewerbsfähigkeit insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) im Konvergenzgebiet zu stärken und einen nachhaltigen Modernisierungsschub auszulösen. Durch die Verzahnung von Wissenschaft und Wirtschaft sollen Produkt- bzw. Prozessinnovationen für kleine und mittlere Unternehmen vorangebracht werden, zusätzliche Arbeitsplätze in wissensintensiven Dienstleistungsbereichen geschaffen und gesichert sowie regionale Kooperationsstrukturen ausgebaut werden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie ist der aktuelle Stand der Umsetzung des Innovations-Inkubators?
2. Welche EU-Mittel sind bereits abgeflossen, und wie sehen die Planungen für den weiteren Mittelabfluss im Förderzeitraum aus, differenziert nach den fünf Maßnahmenbereichen?
3. Wie viele neue Arbeitsplätze sind jenseits der in den Projekten der Universität befristet beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Konvergenzgebiet nachhaltig geschaffen worden?

35. Abgeordnete Horst Kortlang, Jan-Christoph Oetjen, Dr. Marco Genthe, Hillgriet Eilers, Gabriela König und Christian Dürr (FDP)

Kostenlose Änderung des Vereinsregisters bei gemeinnützigen Vereinen

Grundsätzlich werden für die Änderungen des Vereinsregisters bei den Amtsgerichten Kosten in Rechnung gestellt. Gemeinnützige Vereine werden aber von der Kostenpflicht befreit, wenn sie eine Freistellungserklärung vorlegen. Die Freistellungserklärungen werden grundsätzlich für mehrere Jahre erteilt. Nun beruft sich das Amtsgericht Westerstede (als Registergericht) auf Anordnung seitens der Bezirksrevision darauf, dass die Kostenbefreiung nur gewährt wird, wenn eine Freistellungserklärung für das laufende Jahr vorliegt. Die gemeinnützigen Vereine werden darauf hingewiesen, dass sie die Freistellungserklärung nachträglich beantragen können, damit sie die gezahlten Gebühren erstattet bekommen. Dieser Vorgang ist mit bürokratischem Aufwand verbunden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Seit wann sind die gemeinnützigen Vereine von der Kostenpflichtbefreiung ausgeschlossen?
 2. Gelten die Änderungen für das gesamte Land Niedersachsen, oder können die einzelnen Bezirksrevisionen selbstständig über die Voraussetzungen der Befreiung entscheiden?
 3. Welche Gründe liegen für die Änderung der bisherigen Praxis vor?
36. Abgeordnete Christian Dürr und Horst Kortlang (FDP)

Staatsnahe Rundfunkräte im öffentlich-rechtlichen Rundfunk?

Einer Studie der Friedrich-Naumann-Stiftung zufolge bilden in den Rundfunkräten des Bayerischen Rundfunks, von Radio Bremen und des Rundfunks Berlin-Brandenburg direkte oder indirekte Staatsvertreter (von Kommunen oder staatlichen Einrichtungen) sowie jene Ratsmitglieder, die von Institutionen entsandt werden, die von staatlicher Finanzierung abhängig sind (mehr als 50% der Einnahmen), eine teils deutliche Mehrheit. Auch die Otto Brenner Stiftung veröffentlichte kürzlich eine Untersuchung mit dem Titel „Im öffentlichen Auftrag. Selbstverständnis der Rundfunkgremien, politische Praxis und Reformvorschläge“, in der es heißt „Nach wie vor ist der Einfluss der Parteien und staatlicher Vertreter in den Gremien zu hoch. Das gilt nicht nur für das ZDF, wo die Konstruktion der Gremien auf großen Parteeinfluss angelegt ist, sondern auch für einige Sender der ARD.“

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie groß ist der Anteil der Vertreter im NDR-Rundfunkrat, die Institutionen angehören, welche wesentlich (mehr als die Hälfte der Einnahmen) staatlich finanziert werden?
 2. Sieht die Staatskanzlei in einem erhöhten Anteil von Vertretern staatlich finanzierter Institutionen im Rundfunkrat eine Gefährdung der Staatsferne öffentlich-rechtlicher Medien?
 3. Hält die Landesregierung mehr Transparenz über staatliche Finanzierung von Organisationen für nötig, die Vertreter für Rundfunkräte benennen, bzw. bedarf es nach Ansicht der Landesregierung einer Änderung bzw. Neuordnung der Rundfunkaufsicht und, wenn ja, jeweils warum?
37. Abgeordnete Jörg Bode, Björn Försterling und Hermann Grupe (FDP)

Fachliche Ungereimtheiten in der Amtsführung von Minister Meyer? (Teil 2)

Landwirtschaftsminister Meyer stand in den vergangenen Wochen auch abseits der Affäre um seinen Staatssekretär Udo Paschedag häufig in der Presse. So nahm er an einer Demonstration gegen einen ortsansässigen Schlachthof in Wietze teil.

Weiterhin wollte er auf der Agrarministerkonferenz in Würzburg eine Initiative zur Einführung eines Mindestlohns in der Landwirtschaft in Höhe von 8,50 Euro einbringen, obwohl die Tarifpartner einen solchen Mindestlohn bereits zu Jahresbeginn im Rahmen der Tarifverhandlungen beschlossen haben.

Das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz veröffentlichte zudem eine Pressemitteilung, in der Minister Meyer mit den Worten zitiert wird: „Die Herstdüngung mit organischen Düngern wird in diesem Jahr per Erlass eingeschränkt“. Auf Nachfrage des Abgeordneten Siebels (SPD) teilte das Ministerium in öffentlicher Ausschusssitzung mit, dass mit dem Erlass lediglich die Niedersächsische Düngeverordnung, die bereits die Vorgängerregierung erlassen hatte, umgesetzt wurde.

Des Weiteren kündigte Minister Meyer, der es sich in seiner Politik zum Ziel gemacht hat, kleine Höfe zu erhalten und zu fördern, an, auch Besitzer bestehender Ställe zum Einbau von Abluftfiltern verpflichten zu wollen. Diese Betriebe, die häufig schon an der Wirtschaftlichkeitsgrenze liegen, würde er durch die Vorschrift, diese teure Technik in dafür nicht geeignete alte Bausubstanz einbauen zu müssen, nach Aussage von Experten zur Aufgabe zwingen. Damit würde ein beschleunigtes Höfesterben gerade unter den kleineren Betrieben ausgelöst.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Plant die Landesregierung den verpflichtenden Einbau von Abluftfiltern in bestehende Ställe und, wenn ja, ist die Landesregierung der Auffassung, dass die betroffenen Landwirte diese Zwangsumrüstung wirtschaftlich tragen können?
2. In welcher Funktion wurde Christian Meyer zu der Demonstration eingeladen, und an welches Büro ging die Einladung?
3. Hat Minister Meyer seine geplante Initiative für die Einführung eines Mindestlohns in der Landwirtschaft mit anderen Landesregierungen abgestimmt, und, wenn ja, welche haben und wie haben diese reagiert?

38. Abgeordnete Sylvia Bruns, Almuth von Below-Neufeldt, Björn Försterling, Christian Dürr (FDP)

Wie entwickeln sich die privaten Wohngemeinschaften in Niedersachsen?

Das Niedersächsische Heimgesetz (NHeimG) nimmt eine Abgrenzung zwischen Heimen und Wohngemeinschaften, in denen die Menschen selbstbestimmt leben, vor. Selbstbestimmte Wohngemeinschaften sind keine Heime im Sinne des NHeimG, und sie unterliegen auch nicht dem Schutzbereich des NHeimG.

Bestandteil des NHeimG ist allerdings eine Regelung, wonach die Träger ambulanter Dienste, sofern sie Betreuungsleistungen in einer Wohngemeinschaft von mehr als vier pflegebedürftigen volljährigen oder behinderten volljährigen Menschen erbringen, dieses der Heimaufsichtsbehörde anzuzeigen haben. Allerdings indiziert diese Anzeigepflicht nicht sogleich die Heimeigenschaft der ambulant betreuten Wohngemeinschaft. Mit dieser Regelung wird sichergestellt, dass solche Wohngemeinschaften, bei denen sich zwei oder drei betagte Menschen entschließen, im Alter zusammenzuziehen, und bei einem die Pflegebedürftigkeit eintritt, keine Heime im Sinne des Heimgesetzes und auch nicht anzeigepflichtig sind.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hat sich die Anzahl der privaten Wohngemeinschaften seit 2011 in Niedersachsen insgesamt entwickelt?
2. Wie hat sich die Anzahl der Wohngemeinschaften seit 2011 in den Landkreisen, kreisfreien Städten und der Region Hannover entwickelt?
3. Sind der Landesregierung unterschiedliche Auslegungen der Frage, ab wann eine Wohngemeinschaft von mehr als vier Personen die Heimeigenschaft besitzt, bekannt und, wenn ja, welche und in welchen Regionen?

39. Abgeordnete Björn Försterling, Jan-Christoph Oetjen, Sylvia Bruns und Hillgriet Eilers (FDP)

Betreuungsgeld in Niedersachsen

Seit dem 1. August 2013 können Eltern, deren Kind am 1. August 2012 oder später geboren ist, das Betreuungsgeld in Anspruch nehmen. Die Voraussetzung ist, dass die Eltern keinen öffentlich geförderten Betreuungsplatz in Anspruch nehmen.

In einem Artikel der *Süddeutschen Zeitung* heißt es, dass laut einer Umfrage bislang mehr als 27 000 Eltern die 100-Euro-Hilfe beantragt haben. Im Durchschnitt lehnen die Länder jeden fünften Antrag ab. Für die Bundesländer Niedersachsen und Rheinland-Pfalz fehlen die Zahlen, da die Länder keine eigenen Statistiken führen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Warum hat es seit Einführung des Betreuungsgeldes keine Einführung einer eigenen Statistik für Niedersachsen gegeben, um einen Überblick über die Zahlen und Kosten zu erhalten?
2. Wie viele Anträge auf Betreuungsgeld wurden von August bis Mitte September in Niedersachsen gestellt?
3. Wie viele Anträge auf Betreuungsgeld sind nicht bewilligt worden, und was waren die Gründe dafür?

40. Abgeordnete Björn Försterling und Almuth von Below-Neufeldt (FDP)

Lehrerproteste gegen rot-grüne Sparpläne

Am 29. August 2013 protestierten in Hannover zahlreiche Lehrerinnen und Lehrer gegen die Sparpläne in der rot-grünen Bildungspolitik. Der Grund dafür waren die Ankündigungen durch die Landesregierung, dass Gymnasiallehrer künftig eine Stunde mehr pro Woche arbeiten sollten und dass die Lehrerinnen und Lehrer ab 55 Jahren keine Altersermäßigung mehr erhalten. Zusammengetan hatten sich mit den Lehrerinnen und Lehrern die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), der Philologenverband sowie weitere Bildungsverbände.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung vor dem Hintergrund, dass sich neben den Bildungsverbänden auch die GEW den Demonstrationen angeschlossen hat, ihre Sparpläne in der Bildungspolitik?
2. Wie viele Demonstranten waren laut Polizeiangaben an der Demonstration am 29. August 2013 beteiligt?
3. Warum sind die Lehrerinnen und Lehrer, die nach neusten Bildungsstudien die wichtigste Komponente im Bildungssystem bilden, die Betroffenen der Sparpläne und müssen für die Reformen aufkommen?

41. Abgeordnete Almuth von Below-Neufeldt und Dr. Stefan Birkner (FDP)

Finanzierung der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek

Die Bibliotheken in Niedersachsen sind ausweislich der Besucherzahlen eine besonders beliebte Einrichtung. Insgesamt gibt es in Niedersachsen 982 öffentliche Bibliotheken, und mit rund 31 Millionen verliehenen Medien bilden sie die am meisten genutzte Bildungs- und Kultureinrichtung. Eine der herausragenden und hochklassigen Bibliotheken ist die Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek, und in der HAZ-Ausgabe vom 7. September 2013 wurde sie als kultureller Leuchtturm bezeichnet.

Der Tenor in diesem Artikel ist aber auch, dass diese Einrichtung für das Jahr 2014 mit Einsparungen von rund 200 000 Euro rechnen muss. Hans Freiwald, Vorsitzender der „Freunde und Förderer der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek“ erklärte: „Der Gesamtetat des Hauses liegt zwar bei 7,7 Millionen Euro. Doch da Personal- oder Gebäudekosten sich nicht kurzfristig einsparen lassen, sei-

en Kürzungen nur bei der Neuanschaffung von Büchern möglich.“ Und auch Bibliotheksdirektor Georg Ruppelt äußert sich besorgt zu den Neuanschaffungen von Büchern: „Wir haben (in 2014) praktisch keinen Cent für den Erwerb von Büchern.“

Wir fragen die Landesregierung:

1. Inwieweit stellt die Landesregierung vor dem Hintergrund, dass die Kürzung im Anschaffungsetat der Bibliothek zur Folge hat, dass 2014 keine Bücher mehr gekauft werden können, da die anderen zwei Drittel des Etats durch Abonnements von Zeitschriften, Zeitungen und Reihen langfristig festgelegt sind, sicher, dass diese Lücke im Anschaffungsetat in den kommenden Jahren für die Bibliothek keine nachhaltigen und gravierenden Folgen für die Ausleihzahlen bedeutet, damit die Leuchtkraft dieser Bibliothek nicht beschädigt wird?
2. Warum ist von den drei Landesbibliotheken nur die Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek von Einsparungen betroffen, während bei anderen Bibliotheken das Budget aufgestockt wird?
3. Inwieweit sind bei den geplanten Kürzungen die Grundsatzüberlegungen, dass sich die Landesbibliothek mitten im Umbau befindet und dass Gelder für die Einrichtungsgegenstände im Neubau 2015, die aber 2014 angeschafft und bezahlt werden müssen - etwa für Vitrinen, Telefonanlagen usw. - mit einbezogen worden?

42. Abgeordnete Hillgriet Eilers, Gabriela König, Dr. Stefan Birkner und Jörg Bode (FDP)

Was macht die Hafenentwicklung auf dem Rysumer Nacken?

Die Landesregierung hat sich mehrfach für die Entwicklung des Rysumer Nackens in Emden als Umschlagshafen und Offshorebasishafen ausgesprochen. Am 21. März 2013 wurde das technische Konzept für einen Offshorehafen präsentiert, wobei die technische Machbarkeit und die Ems-Verträglichkeit nachgewiesen worden sind. Im Anschluss sind die Gründung einer Realisierungsgesellschaft und die Fortsetzung des Planungsprozesses angekündigt worden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie ist der Stand im Planungsprozess, insbesondere mit Bezug auf die Wirtschaftlichkeit, die Planreife für einen Planfeststellungsantrag und die naturschutzfachlichen Untersuchungen, bei der Hafenentwicklung am Rysumer Nacken?
2. Welche Entwicklungspotenziale bietet aus Sicht der Landesregierung der Rysumer Nacken, und ist die angekündigte Entwicklungspotenzialanalyse bereits erfolgt?
3. Mit welchem Mittelansatz wird sich Niedersachsen an der Realisierung der Hafenentwicklung auf dem Rysumer Nacken im kommenden Haushaltsjahr beteiligen?

43. Abgeordnete Christian Dürr, Jörg Bode und Jan-Christoph Oetjen (FDP)

Umsetzung des Glücksspieländerungsstaatsvertrages

Der am 1. Juli 2012 in Kraft getretene Erste Glücksspieländerungsstaatsvertrag (Erster GlüÄndStV) sieht eine Zulassung privater und staatlicher Anbieter zum Sportwettenmarkt für sieben Jahre vor. Für diesen Zeitraum sollen 20 Konzessionen vergeben werden. Für die Entscheidung über die Vergabe ist das Glücksspielkollegium zuständig, das mit Verwaltungsvertretern aller Bundesländer besetzt ist. Die nächste Sitzung des Glücksspielkollegiums findet am 26. und 27. September statt.

Über ein Jahr nach Inkrafttreten des Vertrages sind keine Konzessionen vergeben. Zudem häufen sich in der Presse Berichte über Probleme bei der Umsetzung des Staatsvertrages durch die Verwaltung (siehe Bericht „Kasachisches Glück“ im *SPIEGEL* 35/2013). Laut Tagesordnung der Jahreskonferenz der Chefinnen und Chefs der Staats- und Senatskanzleien am 12. und 13. September wird eine Novellierung des Glücksspielstaatsvertrages beraten.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Ist bei der nächsten Sitzung des Glücksspielkollegiums mit einer Entscheidung über die Vergabe der Sportwettkonzessionen zu rechnen, und werden alle 20 Konzessionen gleichzeitig vergeben?
2. Falls nein, wann kann mit einer Vergabe der Konzessionen gerechnet werden, und ist ein zweistufiges Vergabeverfahren vorgesehen?
3. Was ist das Ergebnis der Beratungen der Jahreskonferenz der Chefinnen und Chefs der Staats- und Senatskanzleien bezüglich des Tagesordnungspunktes 3 „Zukunftsperspektiven Lotteriemonopol, Novellierung Glücksspielstaatsvertrag“?

44. Abgeordnete Christian Grascha, Björn Försterling, Gabriela König (FDP)

Kein warmes Wasser für Mitarbeiter der Ministerien?

Der Presseberichterstattung konnte entnommen werden, dass der grüne Verkehrsminister in Baden-Württemberg, Winfried Hermann, seinen Mitarbeitern das warme Wasser abdrehen will - als Beitrag zum Energiesparen. Konkret würden nach Aussagen einer Ministeriumssprecherin 61 Warmwasserboiler in den 32 Toilettenräumen des Gebäudes abgeschaltet. Ziel einer ganzen Reihe von Maßnahmen sei Hermann zufolge der bewusstere Umgang mit Energie.

Auch die Niedersächsische Landesregierung räumt dem Einsparen von Energie einen hohen Stellenwert ein. Es besteht daher bei den Beschäftigten in den Ministerien die Sorge, vergleichbare Maßnahmen könnten auch in Niedersachsen ergriffen werden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die dargestellten Maßnahmen grundsätzlich und insbesondere im Hinblick auf das Verhältnis von Aufwand und Ertrag? Bitte aufschlüsseln nach finanziellen, energetischen, organisatorischen sowie Aspekten der Mitarbeiterführung.
2. Sind in niedersächsischen Behörden vergleichbare Maßnahmen geplant bzw. können diese ausgeschlossen werden?
3. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um in der Landesverwaltung die Einsparung von Energie vorbildhaft umzusetzen?

45. Abgeordnete Dr. Marco Genthe, Christian Grascha, Jan-Christoph Oetjen und Horst Kortlang (FDP)

Anpassung der Vollzugszulage an die Polizeizulage

Die Polizeizulage und die Vollzugszulage dienen dem Ausgleich für typische zusätzliche Aufgaben der Beamtinnen und Beamten, insbesondere beim Dienst in schwierigen Situationen unter psychischer und physischer Belastung. Die Polizeizulage beträgt derzeit 127,38 Euro, dagegen liegt die Vollzugszulage nur bei 95,53 Euro.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie begründet die Landesregierung die unterschiedliche Bemessung der Zulagenhöhe?
2. Plant die Landesregierung, die Vollzugszulage an die Polizeizulage anzugleichen?
3. Welche Kosten würden dem Land Niedersachsen im Jahr entstehen, falls die Vollzugszulage an die Polizeizulage angeglichen würde?

46. Abgeordnete Dr. Stefan Birkner, Dr. Marco Genthe und Jan-Christoph Oetjen (FDP)

Besetzung der Richterwahlausschüsse in Niedersachsen

Die niedersächsische Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz (GRÜNE) plant, im kommenden Jahr Richterwahlausschüsse in Niedersachsen einzuführen. Die Richterwahlausschüsse sollen bei der Einstellung und Beförderung von Richtern eingebunden werden. Nun sollen auch „gesellschaftliche Kräfte“, wie etwa Tarifpartner oder Religionsgemeinschaften, bei der Richterauswahl oder Beförderung mitbestimmen können.

Neun der sechzehn Bundesländer haben Richterwahlausschüsse in unterschiedlichster Besetzung, neu ist allerdings, dass Tarifpartner oder Religionsgemeinschaften beteiligt werden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche konkreten Religionsgemeinschaften sollen beteiligt werden?
2. Welche konkreten Tarifpartner sollen beteiligt werden?
3. Wird auch geplant, die Abgeordnete des Landtages zu beteiligen?

47. Abgeordnete Christian Grascha, Jan-Christoph Oetjen, Jörg Bode und Dr. Marco Genthe (FDP)

Kommunales Leitbild für Niedersachsen

Der SPD-Abgeordnete Uwe Schwarz hat sich im Rahmen der Fusionsverhandlungen der Landkreise Göttingen, Northeim und Osterode dahin gehend geäußert, dass ein Handlungsbedarf für ein neues kommunales Leitbild bestehe und die neue Landesregierung dieses aufgreifen wolle (*Einbecker Morgenpost*, Ausgabe vom 16. März 2013).

Wir fragen die Landesregierung:

1. Plant die Landesregierung ein neues kommunales Leitbild?
2. Auf welchem Weg soll es entwickelt werden?
3. Welche Kriterien des bisherigen Leitbildes hält die Landesregierung für überarbeitungswürdig?

48. Abgeordnete Jan-Christoph Oetjen, Hillgriet Eilers und Gabriela König (FDP)

Kooperation zwischen Niedersachsen und Hamburg bei der Flüchtlingsunterbringung

In Niedersachsen ist die Zahl der Asylanträge in den ersten sieben Monaten des Jahres 2013 im Vergleich zum Jahr 2012 um knapp 100 % auf 5 097 gestiegen. Die Zahl der Asylbewerber steigt in Hamburg ebenfalls an. In beiden Bundesländern wird der Wohnraum für die Flüchtlinge knapp. Daher lässt der Senat in Hamburg schon prüfen, ob es möglich ist, Flüchtlinge in Nachbarbundesländern unterzubringen. Das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport lässt durch seine Sprecherin mitteilen, dass das Ansinnen von Hamburg, Flüchtlinge in Niedersachsen unterbringen zu wollen, dem Ministerium nicht bekannt sei. Es solle auch kein offizielles Ersuchen geben (*Welt*, Ausgabe vom 27. August 2013).

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Wohnkapazität in Niedersachsen für die Aufnahme von weiteren Asylbewerbern?
2. Liegt mittlerweile ein offizielles Ersuchen von Hamburg zur Unterbringung von Asylbewerbern in Niedersachsen vor?
3. Wie wird die Landesregierung in Niedersachsen entscheiden, wenn ein solches Ersuchen von Hamburg eingeht?

49. Abgeordnete Jan-Christoph Oetjen, Dr. Gero Hocker und Gabriela König (FDP)

Lärmschutz an der A 1 zwischen Bremer Kreuz und Buchholzer Dreieck

Entlang der A 1 zwischen dem Bremer Kreuz und dem Buchholzer Dreieck wird der Lärmschutz diskutiert. Verschiedene Politiker haben sich im Rahmen des Bundestagswahlkampfes zu diesem Thema geäußert.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Ist die Landesregierung bereit, in Zukunft auf die lärmgebenden Markierungen zwischen den einzelnen Fahrbahnen zu verzichten?
2. Wurde die A 1 gemäß dem Planfeststellungsbeschluss, insbesondere bezogen auf das Höhenprofil der Autobahn, ausgebaut?
3. Werden entlang der A 1 Lärmmessungen durchgeführt, um die aktuelle Lärmbelastung zu erfassen? Wenn ja: wo, wann und wie sind gegebenenfalls die Ergebnisse?

50. Abgeordnete Sylvia Bruns, Dr. Marco Genthe, Jan-Christoph Oetjen und Dr. Stefan Birkner (FDP)

Mehr Sicherheit an den Gerichten

Das Niedersächsische Justizministerium antwortete am 10. Juni 2013 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Marco Genthe und Jan-Christoph Oetjen (FDP), wie die Landesregierung die Sicherheit an den Gerichten wirksam garantieren wolle (Drs. 17/313: „Sicherheit an den Gerichten“), u. a. wie folgt:

„Bevor die ursprünglich zum 1. Juli 2013 vorgesehene zweite Stufe der anlassunabhängigen Einlasskontrollen mit einer Erhöhung der Kontrolldichte eingeführt wird, werden zurzeit die bisher gewonnenen Erfahrungen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften abgefragt und ausgewertet. Diese Erfahrungen sollen als Entscheidungsgrundlage dafür dienen, ob der bisherige Zeit- und Stufenplan für die Erhöhung der Kontrolldichte beibehalten werden kann oder ob andere Lösungen gefunden werden müssen. In diesem Zusammenhang wird die Landesregierung auch die Frage prüfen, ob und in welcher Höhe weitere Investitionen im personellen, baulichen und technischen Bereich erforderlich sind.“

Die Frage, wie die neue Landesregierung eine eventuelle Steigerung der Sicherheitsmaßnahmen finanzieren will, wurde nicht konkret beantwortet.

Der Niedersächsische Richterbund und Teile der Praxis - die Leitung der niedersächsischen Amtsgerichte auf ihrem Jahrestreffen am 11. Oktober 2012 - fordern inzwischen tägliche generelle Zugangskontrollen in allen Gerichten und Staatsanwaltschaften.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie ist der aktuelle Sachstand bezüglich der Erhöhung der Kontrolldichte bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften aufgrund der bisher gewonnenen Erfahrungen mit anlassunabhängigen Einlasskontrollen und der Erfahrung, die aus der Erhebung am 1. Juli 2013 gewonnen wurde?
2. Wie hoch ist das Budget im Einzelplan 13 (Justizministerium), das für die Sicherheit an den Gerichten veranschlagt wurde?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Forderung des niedersächsischen Richterbundes und der Praxis nach täglichen generellen Zugangskontrollen an allen Gerichten und Staatsanwaltschaften?

51. Abgeordnete Dr. Gero Hocker, Horst Kortlang und Gabriela König (FDP)

Wie steht die Landesregierung zum Verbot von Ölheizungen?

Im Bundestagswahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen steht: „Wir wollen, dass ab 2015 keine neuen Ölheizungen mehr installiert werden“. Gleichzeitig fordert der grüne Bundestagsabgeordnete Oliver Krischer: „Wir fordern die schwarz-gelbe Bundesregierung auf, dem Beispiel Dänemarks zu folgen. Unser nördlicher Nachbar ist den Weg, die Neuinstallation von Ölheizungen zu verbieten, bereits gegangen.“

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Forderung nach einem Verbot der Neuinstallation moderner Ölheizungen?
2. Welche Alternative zu Ölheizungen sieht die Landesregierung, speziell in Gebieten ohne ausreichendes Gasnetz?
3. In welchen Gebieten Niedersachsens existiert kein ausreichend ausgebautes Gasnetz?

52. Abgeordnete Hillgriet Eilers, Hermann Grupe, Jan-Christoph Oetjen, Dr. Marco Genthe, Dr. Gero Hocker, Dr. Stefan Birkner und Almuth von Below-Neufeldt (FDP)

Wie geht es weiter mit dem Jagdgesetz?

Das aktuelle Niedersächsische Landesjagdgesetz, datiert vom 11. März 2001, ist unter Federführung der SPD-Landesregierung zustande gekommen. Es hatte lange Zeit Vorbildcharakter in der Bundesrepublik und entspricht auch heute noch den ökologischen und landeskulturellen Verhältnissen im Flächenland Niedersachsen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung das aktuelle Niedersächsische Landesjagdgesetz?
2. Plant die Landesregierung eine Novellierung des Jagdgesetzes und, falls ja, weshalb und in welchen Punkten?
3. Falls die Landesregierung eine Novellierung plant: Welche Gruppen und Verbände sollen in die Diskussion über die Novellierung wie konkret eingebunden werden?

53. Abgeordnete Horst Kortlang und Dr. Gero Hocker (FDP)

Edeka und der Panda - Wie viel Geld kassiert der WWF?

Seit 2009 kooperieren das Unternehmen Edeka und die Naturschutzorganisation WWF auf verschiedenen Ebenen miteinander. Als Schwerpunktthemen haben die beiden Kooperationspartner nach eigener Aussage die Bereiche Fisch und Meeresfrüchte, Holz, Papier und Hygienepapiere, Palmöl, Soja, Klima und Süßwasser ausgewählt.

Als Belohnung für die Erfüllung von Standards und die Zertifizierung durch Prüforganisationen darf das Unternehmen Edeka die geprüften Produkte mit dem WWF-Logo versehen. Zudem darf das Unternehmen mit dem WWF-Symbol Panda in den Medien werben.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse besitzt die Landesregierung, ob sich die Naturschutzorganisation WWF die Vergabe der Lizenzrechte für ihr Panda-Symbol an das Unternehmen Edeka finanziell vergüten lässt und, falls dem so sein sollte, wie hoch ist die Vergütung?
2. Falls es eine Vergütung gibt, wie bewertet die Landesregierung die Tatsache, dass eine Naturschutzorganisation Einnahmen durch den Verkauf von Lizenzen an Kooperationspartner generiert?

3. Hat die Landesregierung Erkenntnisse, wie viel Prozent der Einnahmen der Naturschutzorganisation WWF tatsächlich in Naturschutzprojekte fließen?

54. Abgeordnete- Hermann Grupe, Dr. Stefan Birkner, Hillgriet Eilers, Dr. Marco Genthe und Jan-Christoph Oetjen (FDP)

Jagd mit bleifreier Munition

Ab dem 1. April 2014 darf in den Niedersächsischen Landesforsten nur noch mit bleifreier Munition gejagt werden. Landwirtschaftsminister Meyer verspricht sich dadurch „weitere Verbesserungen für den Natur-, Umwelt- und Verbraucherschutz“.

Viele Jäger sehen, Medienberichten zufolge, die Verwendung bleifreier Munition skeptisch.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Inwieweit kann bleifreie Munition weniger exakt wirken und eine längere Leidenszeit des Wildes verursachen?
2. Wird durch bleifreie Munition die Gefahr erhöht, dass angeschossenes Wild erst später oder gar nicht aufgefunden wird?
3. Wenn das nicht ausgeschlossen werden kann, inwieweit hält die Landesregierung die Verwendung bleifreier Munition für vereinbar mit dem Tierschutz?

55. Abgeordnete Dr. Stefan Birkner und Hillgriet Eilers (FDP)

Populationsentwicklung des Kormorans in Niedersachsen

Nachdem der Kormoran zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts fast ausgerottet war, begann 1947 die Wiederansiedlung des Vogels in Niedersachsen. In den vergangenen Jahren ist eine Diskussion zwischen Naturschützern und Fischern über den Schutz des Kormorans entstanden, da der Kormoran als Fischfresser in den Fischgründen vieler Fischer nach Nahrung sucht.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hat sich die Population des Kormorans in den vergangenen zehn Jahren entwickelt?
2. Inwieweit sieht die Landesregierung vor dem Hintergrund der Populationsentwicklung des Kormorans dessen Schutzbedürftigkeit auch in Zukunft als gegeben an?
3. Wie hoch ist der jährliche volkswirtschaftliche Schaden für die Fischerei und die Teichwirtschaft durch den Kormoran (bitte die letzten zehn Jahre aufschlüsseln)?

56. Abgeordnete Gabriela König und Dr. Gero Hocker (FDP)

Populationsentwicklung des Fischotters in Niedersachsen

In Deutschland galt der Fischotter lange Zeit als ausgestorben. Seit etwa 2000 ist aber eine deutliche Wiederausbreitung der Art feststellbar.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hat sich die Population des Fischotters in den vergangenen zehn Jahren entwickelt?
2. Welche Konflikte ergeben sich aus Sicht der Landesregierung vor dem Hintergrund der sich erholenden Fischotterpopulationen in Niedersachsen?
3. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung, ob und, wenn ja, wie oft Fischotter in den letzten Jahren in Fischreusen gefangen worden oder gar verendet sind?

57. Abgeordnete Dr. Gero Hocker, Hillgriet Eilers, Almuth von Below-Neufeldt und Horst Kortlang (FDP)

Populationsentwicklung der Krähen in Niedersachsen

Krähen stehen seit vielen Jahren unter Naturschutz. Sie treten meist in Kolonien auf. In der jüngsten Vergangenheit gab es vermehrt Angriffe auf Menschen in verschiedenen Städten.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hat sich die Population der Krähe in den vergangenen zehn Jahren entwickelt?
2. Inwieweit sieht die Landesregierung vor dem Hintergrund der Populationsentwicklung der Krähe ihre Schutzbedürftigkeit auch in Zukunft als gegeben an?
3. Wie steht die Landesregierung zur Problematik der Angriffe auf Menschen durch Krähen in niedersächsischen Städten, und welche Gegenmaßnahmen empfiehlt sie?

58. Abgeordnete Dr. Marco Genthe, Jan-Christop Oetjen und Dr. Stefan Birkner (FDP)

PEBB§Y-Untersuchung an den Gerichten

Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz hat in ihrer Antwort vom 4. September 2013 auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Marco Genthe (FDP) (Drs. 17/532) mitgeteilt, dass für die Landesregierung bei der Beurteilung der Standortwirtschaftlichkeit eines kleinen Amtsgerichts die Bewertung nach dem Grundsatz des Personalberechnungssystems PEBB§Y maßgeblich ist und nicht - wie dem Landesrechnungshof - die Anzahl der Beschäftigten.

„Die Landesregierung selbst kategorisiert die Gerichte in Niedersachsen nicht nach ihrer Größe. Sie lässt sich bei Standortfragen auch nicht allein von ökonomischen Gesichtspunkten leiten. Entscheidender Richtwert für den Bestand eines Gerichts ist vielmehr, ob der auf Basis des auf mathematisch-analytischer Grundlage beruhenden, bundesweit angewandten und auch von den Rechnungshöfen der Länder vom Grundsatz her anerkannten Personalberechnungssystems PEBB§Y ermittelte Personalbedarf an diesem Gericht ohne wesentliche Über- oder Unterkapazitäten und mit vertretbarem Organisationsaufwand zur Verfügung gestellt werden kann“, so die Erklärung der Landesregierung.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Inwiefern spielt die Position des Landesrechnungshofs bezüglich der Wirtschaftlichkeit eines Gerichtsstandorts (Anzahl der Beschäftigten) bei einer zukünftigen Entscheidung des Justizministeriums zur Schließung eines Gerichtsstandorts noch eine Rolle?
2. Wann wird mit einem Zwischenergebnis der PEBB§Y-Untersuchungen zu rechnen sein?
3. Könnten nach der Ansicht der Landesregierung die PEBB§Y-Untersuchungen im Ergebnis zur Schließung kleiner Amtsgerichte führen?

59. Abgeordnete Jörg Bode und Jan-Christoph Oetjen (FDP)

Warum beendet die Landesregierung die regionalisierten Teilbudgets?

Der Niedersächsische Landkreistag (NLT) hat in einer Pressemitteilung vom 16. September 2013 die Neuausrichtung der Förderpolitik der rot-grünen Landesregierung kritisiert, u. a. weil die Landesregierung die regionalisierten Teilbudgets (RTBs) überraschend abgeschafft hat. Der NLT spricht von einer Zentralisierung der staatlichen Förderpolitik zulasten der Kommunen, obwohl die RTBs nachweislich tausende Arbeitsplätze in ganz Niedersachsen gesichert und neu geschaffen haben. Noch während der 14. Plenarsitzung am 29. August 2013 führte Herr Ministerpräsident Stephan Weil mit Bezug auf die RTBs Folgendes aus: „Wir müssen mit den Kommunen darüber sprechen, wie es weitergehen soll. In den Gesprächen befinden wir uns gerade. Von daher gibt es keine abgeschlossene Meinungsbildung seitens der Regierung, weil wir uns eben in der Diskussion mit den Kommunen befinden.“

Ähnlich hat sich auch die zuständige Staatssekretärin, Frau Birgit Honé, gegenüber dem Niedersächsischen Städte- und Gemeindebund geäußert: „Die Landesregierung stellt weiterhin einen partnerschaftlichen Prozess bei der Aufstellung der EU-Programme sicher und wird insbesondere mit den kommunalen Spitzenverbänden (...) den bisher begonnenen, engen Dialog weiter fortsetzen“ (DNG 4-2013, Seite 119).

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wann hat es die oben angeführten Gespräche mit den Kommunen bzw. kommunalen Spitzenverbänden gegeben, und wie und wann kam es zur abschließenden Meinungsbildung bei der Landesregierung zur Abschaffung der RTBs?
2. Wird die Abschaffung der RTBs zulasten der Landkreise und der mittelständischen Wirtschaft, insbesondere bei den Themen Fachkräftemangel, Jugendarbeitslosigkeit und Berufsorientierung, strukturschwache Regionen in Niedersachsen stärken oder eher schwächen, so wie es der NLT befürchtet?
3. Welche Auswirkungen wird die kurzfristige Abschaffung der RTBs insbesondere für Südniedersachsen und den Südniedersachsenplan der Landesregierung haben?

60. Anfraag van de Aförndten Almuth von Below-Neufeldt, Sylvia Bruns, Björn Försterling, Christian Dürr, Hillgriet Eilers und Jan-Christoph Oetjen (FDP)

Gliekgültigkeid van de Nedersassisch Landesregeren tegenöver Regionalspraken or Minderheidnspraken?

Regionalspraken sünd van de grötst Belang för regionaal Tradition un Egenständigkeit. In Nedersassen to'n Bispill is dat Nederdüütsch of Plattddüütsch, dat een essentiellen Bestanddeel van de nedersassisch Kultur bildet.

Daarüm is dat Erhollen van disse Spraak för de kulturell Landskap un dat Leven in Nedersassen unbedingt nödig. Besünners in een globaliseerten Welt deit disse Deel van uns Kultur Identität un Vertroen stiften.

Un wat noch van Belang is: na spraakpsychologisch Erkennis deit froh Mehrspraakigkeit - besünners de van authentisch snackt Spraken - de allgemeinen Begabung örnlik vöranbringen.

In de Koalitionsvertrag van SPD un Bündnis 90/De Grönen word nix över Regionalspraken seggt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wo begründt de Landesregeren, dat wie keen Aktivitäten bi Regionalspraken wonehmen künnt un dat van dit Rebett nix in de Koalitionsvertrag steiht?
2. Wo will de Landesregeren verhinnern, dat de Sprachgebruuk massiv torüggeiht?
3. Plaant de Landesregeren, ofwoll to dit Thema nix in de Koalitionsvertrag steiht, Projekten of anner Vorhebben up dat Rebett Regionalspraken, un wenn de Landesregeren, ofwoll to dit Thema nix in de Koalitionsvertrag steiht, Vorhebben plaant, wennehr schöölt de ümsett werden un well is bedeelegt?

60. Anfrage der Abgeordneten Almuth von Below-Neufeldt, Sylvia Bruns, Björn Försterling, Christian Dürr, Hillgriet Eilers und Jan-Christoph Oetjen (FDP)

Gleichgültigkeit der Niedersächsischen Landesregierung gegenüber Regional- oder Minderheitensprachen?

Regionalsprachen sind ein wichtiger und bedeutender Ausdruck regionaler Tradition und Besonderheit. In Niedersachsen ist es zum Beispiel das Niederdeutsche oder Plattdeutsche, das einen essentiellen Bestandteil der niedersächsischen Kultur bildet.

Der Erhalt dieser Sprache ist für die kulturelle Landschaft und das Leben in Niedersachsen unerlässlich. Insbesondere in einer globalisierten Welt stiftet dieser Teil der Kultur Identität und Vertrauen.

Darüber hinaus fördert nach sprachpsychologischer Erkenntnis frühe Mehrsprachigkeit, insbesondere die von authentisch gesprochenen Sprachen, die allgemeine Intelligenzentwicklung erheblich.

Im Koalitionsvertrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen werden keine Äußerungen zu Regionalsprachen gemacht.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie begründet die Landesregierung ihre nicht wahrnehmbaren Aktivitäten bei Regionalsprachen und die Nichterwähnung dieses Bereichs im Koalitionsvertrag?
2. Wie will die Landesregierung den massiven Rückgang des Sprachgebrauchs verhindern?
3. Plant die Landesregierung trotz Lücke zu diesem Thema im Koalitionsvertrag Projekte bzw. anderweitige Vorhaben im Bereich der Regionalsprachen und, wenn die Landesregierung trotz der Lücke im Koalitionsvertrag zu diesem Thema Vorhaben plant, wann sollen diese umgesetzt werden und wer ist beteiligt?

61. Abgeordnete Dr. Stephan Siemer, Reinhold Hilbers, Karl-Heinz Bley (CDU)

Wie weit sind die Planungen zur Einrichtung einer Beratungsstelle für Werkvertragsarbeiter in Niedersachsen?

Im Rahmen der Debatte um den Einsatz sogenannter Werkverträge sowie die Schaffung einheitlicher Wohnstandards und Kontrollmöglichkeiten für die Aufsichtsbehörden wurde in der Vergangenheit der Vorschlag diskutiert, Beratungsstellen für Werkvertragsarbeitnehmer in Niedersachsen einzurichten. Die Landesregierung hat im Juli 2013 die Einrichtung einer Beratungsstelle für ausländische Arbeitnehmer in Oldenburg beschlossen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Nach welchen Kriterien erfolgen die Konzeption und Ausschreibung der mobilen Beratungsstelle mit Sitz in Oldenburg?
2. Wer hat vor dem Hintergrund welcher Auswahlkriterien den Zuschlag für den Betrieb der Beratungsstelle erhalten?
3. Mit welchen Mitteln fördert das Land Niedersachsen die mobile Beratungsstelle?

62. Abgeordneter Reinhold Hilbers (CDU)

Lässt Niedersachsen GRW-Mittel des Bundes verfallen?

Für 2014 werden die Mittel aus dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ neu festgelegt. Der Bund erstattet 50 % der Ausgaben (Gemeinschaftsaufgabe im Sinne des Artikel 91 a Abs. 1 des Grundgesetzes). Mit der GRW-Förderung sollen strukturschwache Regionen im GRW-Gebiet u. a. ausgleichs- und wachstumsorientiert durch investive Maßnahmen im Bereich der einzelbetrieblichen Förderung von Unternehmen sowie wirtschaftsnahe und touristische Infrastruktur gefördert werden.

Im Haushaltsplanentwurf 2014 der Landesregierung sind für 2014 Ausgaben in Höhe von insgesamt 38,958 Millionen Euro für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ sowie Einnahmen vom Bund in Höhe von 19,479 Millionen Euro im Einzelplan 08 etatisiert.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Mittel können von Niedersachsen vom Bund im Rahmen der GRW-Förderung für 2014 abgerufen werden?

2. Hat Niedersachsen die Mittel für 2014 und in den Folgejahren vollständig abgerufen und gegenfinanziert?
3. Wenn nein, warum nicht?